

Erscheint wöchentlich Freitags.  
Zu bezahlen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 M., fürs  
Ausland 1,50 M. vierfachjährlich.

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
1 gespaltene Postkarte.  
Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

# Sattler- und Portefeuiller-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten Lederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 45 : 26. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin 50, 16. Brüderstraße 10b. Telefon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 8. November 1912

**Inhalt:** Beitragszahlung. — Streitsnotizen. — Hat der Verband der Sattler und Portefeuiller die ihm gestellten Aufgaben schon gelöst? — Ludwig Uhlmann. — Arbeit. — Die Krankenversicherung der Handgewerbebetreibenden nach der Reichsversicherungsordnung. II. — Warum habe ich die Versammlung nicht besucht? — Eingelandt. — Streiks und Lohnbewegungen. — Korrespondenzen. — Aus anderen Organisationen. — Rundschau. — Bekanntmachung des Centralvorstandes. — Einsendungen der Verwaltungsstellen. — Adressänderungen. — Versammlungskalender. — Anzeigen.

**Die für die nächste Nummer bestimmten Artikel müssen spätestens Sonnabendnachmittag in Händen der Redaktion sein.**

**Für die Woche vom 10. bis 16. November ist der 46. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstand ist, kann keinerlei Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.**

**Achtung! Kollegen! Achtung!**  
Die Kollegen werden in ihrem eigenen Interesse erachtet, bei Arbeitsannahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

**Dresden.** In der Schulmappensfabrik der Firma Hainrichs-Dresden haben sämtliche dort beschäftigten Kollegen und Kolleginnen die Arbeit eingestellt.

**Hamburg.** Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Treibriemensfabrik C. Scholz haben beschlossen, wegen Entlassung von 40 Beschäftigten, zumeist Vertrauensleute, die Arbeit einzustellen.

**Magdeburg.** In der Militärfestektfabrik von Thieme befinden sich die Sattler in einer Lohnbewegung, weswegen jeder Zugang fernzuhalten ist.

**Zürich (Schweiz).** In der Reiseartikel-fabrik Weihing u. Co. sind am 29. Oktober sämtliche Arbeiter in den Streik getreten.

**Achtung! Militärsattler! Achtung!**  
Bei der Firma Wolfner in Budapest stehen 140 Kollegen seit Montag, den 14. Oktober, im Streik. Die Firma ist bekannt wegen der schlechten Stück- und Lohneinhöhe, welche dieselbe bezahlt. Es wurde deshalb eine 30prozentige Aufbesserung verlangt. Die Firma lehnte jedoch jede Verhandlung in brüsiger Weise ab, weshalb die Arbeitseinstellung erfolgte. Kein anständiger Kollege nimmt eine Arbeit zu Wolfner nach Budapest an.

**Hat der Verband der Sattler und Portefeuiller die ihm gestellten Aufgaben schon gelöst?**

„Eine furiose Fragestellung“ wird mancher Kollege ausrufen, und behaupten, die Frage aufzuwerfen, heißt sie rundweg verneinen, und ist es deshalb mehr als überflüssig, hier darüber zu schreiben. Doch so deplaciert, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag, ist die hier aufgestellte Frage nicht. Sie verdient allen Ernstes erörtert und die sich ergebenden Resultate von unseren Kollegen gewürdigt zu werden.

Bekanntlich sind die modernen Gewerkschaften nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zur Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterschaft. Ohne Übertriebung kann wohl behauptet werden, der überaus größte Teil der erwerbend tätigen Personen ist von der Wichtigkeit und Richtigkeit dieses Lehrjahres überzeugt, wenn sehr vielen auch leider nachgesagt werden muss, sie schenken sich die Logik ihrer Überzeugung zu ziehen.

Johann Jacoby prägte in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts den Satz: „Die Gründung des kleinen Arbeitervereins ist von größerer Bedeutung für die Weltgeschichte, als wieder der Sieg von Sadoma.“

Der Ausspruch fiel zu einer Zeit, als die Umwandlung Deutschlands von einem Agrar- zu einem Industriestaat noch in ihren ersten Stadien war. Mit prophetischer Klarheit hat Jacoby den kulturellen Wert gewerkschaftlicher Organisationen erkannt und darum die Arbeiter ermahnt, Vereine zur Wahrung ihrer Interessen zu bilden. Seit dieser Zeit haben sich aber die Aufgaben der deutschen Gewerkschaften nicht vermindert, sondern sie sind größer geworden und nehmen mit der industriellen Entwicklung immer mehr an Umfang zu. Die zu lösenden Probleme stellen an die moderne Arbeiterbewegung Ansprüche, von denen noch vor 15 Jahren mancher Europäer sich nichts hätte träumen lassen.

Die kapitalistische Ausbeutung und die politische Drangsalierung des größten Teiles unserer Volksgenossen bereiteten den Boden für die freiheitliche Arbeiterbewegung vor. Auch unter unseren Berufsgenossen legte die Agitation ein und nach dem Falle des Sozialistengesetzes konnte auch die Zentralisation in die Wege geleitet werden. In den letzten zwanzig Jahren wurde systematisch für den Auf- und Ausbau unserer Organisation in Wort und Schrift agitiert, so daß mit Recht gezeigt werden kann, die Zahl derer ist sehr klein, die von der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Pflichterfüllung noch nichts verommen haben. Die Erfolge aus dem Gebiete d. Lohnbewegung, die Einführung der verschiedensten Unterstützungsarten haben dem Verbande eine werbende Kraft verliehen,

von der man annehmen sollte, es kann sich ihr niemand entziehen.

Vergleichen wir aber einmal die Zahl der in Sattlereien, Lederwarenbetrieben und verwandten Berufszweigen beschäftigten Personen mit der Zahl derer, die unserem Verbande angehören, und nehmen wir noch dazu alle diejenigen, die ihre Organisationspflicht in der bloßen Beitragsteilung erfüllen, dann könnte man zur Ansicht gelangen, für das Gros der Kollegenchaft ist die soziale Frage bereits gelöst. Es bedarf aber erst keiner großen Beweisführung, um das Gegenteil erkennen zu lassen. Ein Studium der von unserem Verbande veröffentlichten statistischen Erhebungen, Lohnbewegungserfolgen und Jahresabrechnungen, in Verbindung mit den Situationsberichten aus den einzelnen Verwaltungsstellen und unserer Mitgliederbewegung, wird über die Berechtigung der Frage, ob unser Verband bereits seine Aufgaben erfüllt hat, niemanden im Zweifel lassen. Über den Zweck des Verbandes gibt der § 2 des Statuts Aufschluß. Es heißt da:

Der Verband hat den Zweck, die geistigen und materiellen Interessen seiner Mitglieder zu wahren und zu fördern.

Der Zweck soll erreicht werden durch:

- Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen auf Grund des § 152 der Gewerbeordnung,
- Unterstützung solcher Mitglieder, welche wegen ihrer Tätigkeit für den Verband infolge von Maßregelung oder Aussperrung arbeitslos werden,
- Ausklärung und Bildung der Mitglieder, Pflege der Solidarität und des geistigen Verkehrs durch Abhaltung regelmäßiger Versammlungen und Veranstaltungen von Vorträgen,
- Pflege der Berufsstatistik und Regelung der Arbeitsnachweise.

erner kann die Verbandsleitung je nach ihren Mitteln gewähren: eine Unterstützung im Falle der Arbeitslosigkeit am Ort und auf der Reise, bei Krankheit, bei Streiks und in besonderen Notfällen sowie eine Weisung im Falle des Mitgliedes oder dessen Angehörigen und beim Umzug nach einem anderen Ort; ferner unentgeltlicher Rechtschutz in allen gewerblichen und den aus den Arbeitsschutzgesetzen hervorgehenden Streitfällen. Sämtliche auf Grund dieses Statuts gewährten Unterstützungen sind freiwillig und steht den Mitgliedern ein flagbares Recht darauf nicht zu.

Unterlegen wir also der heutigen Epistel den Text des § 2 Abs. a unserer Verbandsstatuten: „Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen“, und suchen wir in mathematischer Folge die aufgeworfene Frage zu beantworten. Einigkeit besteht wohl bei allen Berufsgenossen in der Forderung der Erzielung des achtstündigen Arbeitstages und eines Lohnes, der es allen Kollegen und Kolleginnen ermög-

lich, ind zweifelhaft zu erläutern, anständig zu liefern und an den Münstererungen zu teilnehmen, wozu ein jährliches Einkommen von 2700 M. gemäß den heutigen Lebensmittelpreisen und Wohnungspreisen nicht zu hoch sein dürfte. So berechtigt diese Forderungen nun sind, so notwendig ihre Durchführung erscheint und was allen als Ziel vorstehet, wollen wir für heute uns mit viel weniger beobachten und einmal feststellen, wieviel noch nachzuholen ist bis doch alle unsere Kollegen im Bereich des neuauftändigen Arbeitsplatzes und eines wöchentlichen Verdienstes von 36 M., also nur 1800 M. pro Jahr, kommen. Die im Jahre 1911 von Verbandswegen aufgenommene Verkehrsstatistik sagt uns, daß in der Geschäftsbranche die durchschnittliche Arbeitszeit 57½ Stunden und der Durchschnittsverdienst 24,15 M. beträgt. Doch ist in den meisten Gegenden noch die 60-stündige Arbeitswoche Regel, wogar die Stunde kommt im hohen Osten, in Schlesien die 78-, 72- und 60-stündige Arbeitszeit sehr oft vor. Dazu mußt sich noch der Post- und Logiszwang unangenehm bemerkbar.

Bei den Portefeuillierern ist allgemein der Remittagtag, Sonnabends 8 Stunden, eingeführt. Trotzdem arbeitet eine nicht ungewöhnliche Anzahl, hauptsächlich in den Heimarbeitsbetrieben, noch 57, 60 und mehr Stunden die Woche.

Die Damenschuharbeiter, für die hauptsächlich Fabrikbetriebe in Berlin und Ossenbach in Betracht kommen, haben sich die 53-bezug 60-stündige Arbeitswoche erkämpft. Daselbe kann, mit Ausnahme von den Heimarbeiterinnen, auch von den Anschlägern oder Rittern und Frischneidern gefragt werden. Zur den Zwischenindustriebetrieben der Lederwarenindustrie sollen im Ossenbacher Landbezirk längstens 55 Stunden, in Berlin 53 Stunden gearbeitet werden. Eine Umfrage hat ergeben, daß die Hilfskräfte hier wie dort, weil größtenteils unorganisiert, diese toristische Abmilderung ignorieren und wöchentlich bis zu 6 Stunden, ohne einmal den toristischen Mindestlohn zu erhalten, länger arbeiten.

Zu der Koffer-, Reiseartikel- und Sattlergalanteriewarenindustrie, für die wohl mit Recht der neunstündige Arbeitstag als eingeführte Norm gelten kann, sind noch einige bedeutende Industriezentren mit 60-stündiger Arbeitszeit zu verzeichnen.

### Ludwig Uhland.

Aus künftigen Wiederkehr seines Sterbetaages.

Am 13. November 1912 sind fünfzig Jahre verflossen seit dem Tage, an dem Ludwig Uhland seine Augen zur letzten Ruhe schloß. Mit ihm schied ein Mann aus dem Leben, der sich durch die Leuteheit und Gerechtigkeit seines Charakters, durch das mutvolle Eintreten für seine Überzeugung, durch seinilles, erwartes und bedecktes Wirken im Dienste des Volkes und vor allen Dingen durch die leuchtige Kraft seiner Dichterpersönlichkeit einen Ehrenplatz im Herzen des Volkes erwonnen hat.

Ludwig Uhland wurde am 25. April 1787 als dritter Sohn des Universitätskäufers Johann Friedrich Uhland in Tübingen geboren. Troß der politisch außerordentlich bewegten Zeit gegen Ende des achtzehnten und am Anfang des neunzehnten Jahrhunderts verlebte er eine ruhige, glückliche und arbeitsame Jugend. Schon als fünfzehnjähriger konnte er die Universität begreifen, wo er entgegen seinen eigenen der Philologie zugeneigten Bünjen den Rechtswissenschaften studieren sollte. Troß seiner inneren Abneigung widmete er sich freilich dem aufgezogenen Studium, und schon im Jahre 1810 erworb er sich den Doktorhut. Seine juristischen Studien sollten ihm später in seinem Wirken für die Rechte des Volkes gute Dienste leisten.

Neben dem juristischen betrieb er aber stets das Studium der mittelalterlichen Literatur. Und die innige Begeisterung mit der deutschen und französischen Poesie löste schon frühzeitig die Lust am eigenen dichterischen Schaffen in ihm aus. Die in seiner Universitätszeit verfaßten und veröffentlichten Gedichte zeigen ihn allerdings noch ganz im Baume der damals herrschenden verschwommenen Romantik, aus dem er sich aber im Laufe seiner gefunden und kräftigen dichterischen Weiterentwicklung immer mehr befreite, um der fernig vollständige, von tat-

veradezu einständig sind die Arbeitsbedingungen in der Treibriemenindustrie; und doch Arbeitszeiten von 60 und mehr Stunden bei Lönen von 22, 23, 27, 29 M. für die Stunde nichts selenes.

Etwas besser steht es schon in der Militärfertigungsbranche, aber auch nur dort, wo die Kollegenschaft unseres Verbands angehört. Wöhrend in Berlin und München die 53-stündige Arbeitswoche eingehalten ist, müßten die Kollegen an den anderen Orten 57 und 60 Stunden arbeiten. Ähnlich steht es mit den Lönen, wobei zum Ausdruck kommt, daß bei der zwischen Arbeitszeit nicht nur der Stundenlohn, sondern auch der Wochenverdienst ein viel höherer ist als bei der langen Arbeitszeit. Eine Erleichterung, die übrigens durchgängig in allen Branchen anzutreffen ist.

Die Wagen- und Autosteller, meinheim als die Verdienstarbeiterinnen in unserem Gewerbe angesehen, haben ebenfalls noch zum ganzen Teil mit der 57- und 60-stündigen Arbeitswoche zu rechnen. Der Durchschnittslohn beträgt 54 M., wird aber nur von den Kollegen in fünf Orten erreicht oder überbietet, wohingegen an 51 Orten der Lohn weit zurückbleibt, wogar nur die Höhe von 37 M. erfüllt. In der Waggonbranche mit der durchschnittlichen Arbeitswoche von 58½ Stunden sind 31 und 34 M. Stundenlohn nicht selten, so daß der Durchschnittslohn auf nur 49 M. kommt. Geraudezu als erbärmlich können die Verhältnisse in der Kinderwagenbranche, insbesondere die der Arbeiterinnen, angesehen werden. Es würde zu weit führen, die Zustände in den einzelnen Branchen an dieser Stelle noch mal eingehend zu besprechen. Wir verweise nochdrißlich auf die vom Verband herausgegebene Broschüre: „Statistische Ergebnisse über die Erwerbsverhältnisse der Sattler und Portefeuillier Deutschlands für 1911“ und auf die Befreiung in Nr. 6, 1912, unseres Verbandsorgans. Einen Vergleich der Arbeitszeiten und Wochenverdienste in den einzelnen Sparten ermöglicht nachfolgende Tabelle:

Branche	Durchschnitts-Arbeitszeit pro Woche	Durchschnitts-Lohn pro Woche
	Stunden	M.
Geschirrbranche . . . .	57½	24,15
Lederwarenbranche:		
a) Portefeuillier	54	27,54
b) Damenschuhbranche	53½	31,57

bereiter Vaterlands- und Freiheitsliebe durchglühte Dichter zu werden, der aus seinen späteren Werken spricht.

Zur Verhöhlung seiner juristischen Kenntnisse, besonders zum Studium des „Code Napoléon“, reiste der junge Doctor juris im Jahre 1810 auf mehrere Monate nach Paris. Dort studierte er aber die französischen und mitteldeutschen Manuscripte der Pariser Bibliothek viel eifriger als das trostlose napoleonische Recht. Die bahnbrechende literaturhistorische Studie „Das alfranzösische Epos“, die in Paris vollendet wurde und 1812 erschien, war das bemerkenswerteste Ergebnis seines Pariser Aufenthalts. Nach der Rückkehr von seiner französischen Reise trat er in den württembergischen Staatsdienst ein, den er jedoch, da er ihn gänzlich unbeschäftigt fand, nach kurzer Zeit mit der freien Advokatenpraxis verließ.

Diese Unbeschäftigung ließ ihm genügend Zeit zu weiteren literarischen Studien und Arbeiten und zu eigener dichterischer Entwicklung. 1815 erschien seine „Gedichte“, die sofort die ihnen gehörrende Anerkennung fanden. Seine Lieder atmen gutes Naturempfinden; bei aller Knappheit in der Form und im Ausdruck zeichnen sie sich aus durch die Tiefe, Wehrhaftigkeit und Stärke des Gesangs.

Aber die eigentliche Bedeutung Uhlands liegt in der Ballade und Romanze, für die ihn gerade die Meisterschaft in der Beherrschung der einfachen, schildernden, äußerst knappen Pragmung der Form und seine tiefe und poetische Erfassung des Volkstümlichen in den zur dichterischen Darstellung und Gestaltung geeigneten Stoffen besonders befähigte. Seine Romane haben unweitlosigkeit zu den besten und vollendesten Erzeugnissen, die die deutsche Dichtkunst hergebracht hat; sie gehören zu den wertvollsten Schätzen der deutschen Literatur und sind dem Dichter dauernd einen Platz unter den Großen der deutschen Poesie.

Branche	Durchschnitts-Arbeitszeit pro Woche	Durchschnitts-Lohn pro Woche
	Stunden	M.
a) Ritter . . . .	58½	38,04
b) Frischneider . . .	53½	28,09
c) Hilfsarbeiter . . .		20,90
d) Arbeiterinnen . . .		12,42
e) Zaubermeisterbetrieben . . .	55	22,40
f) Heimarbeiter . . .	?	20,12
g) Heimarbeitertreinen . . .	?	8,88
h) Kofferbranche . . .	54	30,78
i) Metallarbeiterbranche . . .	54	28,02
j) Sattlergalanteriesbranche . . .	56	28,05
k) Treibriemenbranche . . .	58	28,10
l) Militärfertigkeitenbranche . . .	54½	21,62
Militärfertigkeitenbranche:		
m) Wagen- und Autobau . . .	57	30,24
n) Waggonbau . . .	58½	28,67
Sonstige Branchen:		
a) Fabrikarbeiterbranche . . .	57½	25,92
b) Eisen- und Federmöbelbranche . . .	54	23,24
c) Kinderwagen:		
1. männl. Personen . . .	58	24,60
2. weibl. Personen . . .	58	11,40
d) Vinoleumleger und Teppichnäher . . .	54	29,15
e) Segeltuchbranche . . .	54	26,88
f) Betriebsfaktor usw. . .	55	25,38

Diese Aufstellung liefert den Beweis, daß es noch schwieriger Räume bedarf, bis daß alle Berufsangehörige in den Bereich des Remittagstages und eines ausreichenden Verdienstes kommen. Daß unser Verband zwecks Errreichung dieses Ziels nicht mühsig gewesen ist, sagt uns der an die Münchner Generalversammlung erstattete Bericht auf Seite 31. Danach wurde in den letzten drei Jahren für 9223 Personen eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von 19,385 Stunden erzielt, und zwar:

um ½ Std. für 873 Pers., um 4 Std. für 58 Pers.	
" 1 " 3152 "	4½ " 88
" 1½ " 685 "	5 " 8
" 2 " 922 "	6 " 236
" 2½ " 221 "	7 " 85
" 3 " 3419 "	10 " 1

14 567 Personen erzielten eine wöchentliche Lohnverhöhung von 31,988 M., und zwar:

0,50 M. f. 10 Pers. 3,01 - 8,50 M. f. 225 Pers.	
0,51 - 1, " 298 " 3,51 - 4, " 678 "	
1,01 - 1,50 " 2270 " 4,01 - 4,50 " 232 "	
1,51 - 2, " 7712 " 4,51 - 5, " 208 "	
2,01 - 2,50 " 390 " 5,01 - 8, " 184 "	
2,51 - 3, " 2534 "	

Neben seiner Bedeutung als Dichter der Romantik steht seine Stellung in der dramatischen Literatur vollständig zurück. Dazu fehlt es ihm zu sehr an hinreichender Leidenschaftlichkeit, an spannender Gestaltungskraft. Troß zahlreicher dramatischer Anlässe ist er über eine Reihe dramatischer Fragmente nicht weit hinausgekommen; nur zwei seiner Dramenentwürfe hat er vollendet: die Schauspiele „Erich, Herzog von Schwaben“, das 1818, und „Ludwig der Bayer“, das 1819 erschien. Die frisch pulsierende Lebenskraft, die dramatische Leidenschaftlichkeit, die energische und konsequente Entwicklung der Handlung geht ihnen ab. Sie haben daher einen dauernden Erfolg nicht zu erzielen vermocht.

Bei allem liebevollen Versehen in die Boxzeit, das aus fast allen Schöpfungen des Dichters spricht, lag ihm jeder Verbiß oder Wunsch einer Erneuerung des Mittelalters weitestfern. Das zeigt der frische moderne Geist, mit dem er die geschichtlichen Stoffe durch seine dichterische Gestaltung erfüllte. Dieser Geist lehrt, daß Uhland auch die Schauspieler des Mittelalters erkannt und die Bedürfnisse seiner Zeit vollständig erfaßt hatte. Er war bei allem stillen Zürcherleben in vergangene Zeiten, die er in dichterisch vorklärter Gestalt in seinen Werken wieder auferstehen ließ und mit neuem frischen Geist belebte, ein durchaus moderner, fräftig vorwärts drängender Mensch. Das offenbart nicht nur seine Werke, sondern das hat er auch durch sein ganzes Leben bewiesen.

Mit seinen „Vaterländischen Gedichten“, die in den Jahren 1816 und 1817 entstanden, leitete er die neuere politische Lyrik in Deutschland ein. Es war in der Zeit, als nach den Freiheitskriegen das Volk um alles, was man ihm vor dem Kampfe gegen den „Feind“ versprochen hatte, betrogen worden war. In Württemberg begannen die Verschwörungskämpfe. Und Uhland trat sofort manhaft für die alten Rechte

Am 1. Januar 1912 waren für 11 628 Personen in 690 Betrieben die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch 66 Tarife geregelt. Auf die einzelnen Branchen verteilt, ergibt sich folgendes Bild:

	Zahl der Tarifverträge	Zahl der erfassten Betriebe	Zahl der erfassten Personen
Geschirrbranche	10	80	279
Lederwarenbranche	18	470	9522
Wagenbaubranche	17	36	336
Militärfabriktenbranche	6	28	839
Freibriemdenbranche	5	22	137
Sonstige Branchen	10	45	395
<b>Summe</b>	<b>69</b>	<b>690</b>	<b>11028</b>

Gerade die legt tabellarisch aufgeführte Erkenntnis, die sich nicht so ohne weiteres in Heller und Pienig ummünzen lässt, und auf die wir ein ganz besonderes Recht haben, stößt zu keinem, wird von vielen Kollegen nicht so bewertet, wie sie es verdient, und wird von ihnen die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als ein Hemmnis der organisierten Autonomieentwicklung ihrer sozialen Lage angesehen. Berufsgenossen ohne Pflichtgefühl und mit weitem Gewissen führen sogar die tariflichen Abmachungen als Grund an, ihre Verträge zu sperren zu wollen, weil ja erst mit Ablauf des Tarifes ernste Fragen an sie herantreten und der Verband sie ja dann unterstützen muss, sonst...

Ist dieser Standpunkt an sich schon verwerflich und eines ehrlichen Kollegen unwürdig, so ist es auch eine Verfehlung der gewerkschaftlichen Aufgaben und ihrer wirtschaftlichen Erfolge. Wohin das führen kann, davon nur einige Beispiele der letzten Tage, aus zwei Orten, die innerhalb der schwartz-weiß-roten Grenzfähre mehr als 100 deutsche Meilen entfernt sind.

Zwischen den Unternehmern und der örtlichen Verbandsleitung besteht die Abmachung, die Löhne bei neuen Mustern in Gemeinschaft mit einer Arbeiterkommission und Vertretern unseres Verbandes festzulegen. Die Verhütung einer Betriebs, die sich mit dieser Art beschäftigte, war jedoch befreit, wählte aber eine fünfgliedrige Kommission, von der nur zwei Kollegen den Mut besaßen, die ihnen aufgetragene Arbeit zu erledigen. Dass da der Unternehmer sich weigerte, nur einigermaßen anständige Löhne festzulegen, versteht sich am Rande. In einem anderen Betrieb wurden die Kollegen persönlich aufgefordert, doch in der nächsten Werkstattbesuchung zu erscheinen, damit gerügt. Wohl

des Volkes ein. Seine „Vaterländischen Gedichte“, die erfüllt sind von seinem gesunden demokratischen Geist, legen Zeugnis davon ab, dass Volke 1819 von auch Ahdland als Erwählter des Volkes in den württembergischen Landtag ein, dem er sieben Jahre angehörte; er legte dann aber sein Mandat nieder, weil es seine Zeit sehr stark in Anspruch nahm und ihm seinen wissenschaftlichen Arbeiten zu sehr entzog.

Diese Studien und Forschungen machten ihn zu einem hervorragenden und feinfühligen Kenner der mittelalterlichen Literatur. Sie wurden Berantlassung zu seiner im Jahre 1829 erfolgten Ernennung zum Professor der deutschen Literatur an der Universität seiner Vaterstadt. Der lauter Charakter des demokratischen Volksmannes bewährte sich, als ihm im Jahre 1832 der Urlaub zum Eintritt in die Ständeversammlung, in die er gewählt worden war, von der Regierung verweigert wurde; kurz entschlossen gab er die ihm lieb gewordene, wertvolle Freiheit in seiner Lieblingswissenschaft auf und stellte der Regierung seine Professur zur Verfügung. Aber mit der Ergebnis des Unfruchtbaren der vorwärmäßigen Ständeversammlung wurde ihm auch seine Abgeordnetenfähigkeit abermals immer mehr und mehr verleiht, so dass er im Jahre 1839 auf eine Wiedermahl verzichtete.

Erit das Sturmjahr 1848 führte Ludwig Uhland wieder in das politische Leben zurück. Das württembergische Ministerium entsandte den Dichter, Gelehrten und Politiker als Vertretermann nach Frankfurt a. M. Bald darauf erhielt ihn das Volk durch die Wahl zum Abgeordneten zur ersten deutschen Nationalversammlung. An dieser stimmte er als Angehöriger der Linken gegen das Erbkönigreich, wirkte er tatkräftig für die Rechte des Volkes. Bis zum letzten Augenblick blieb er seiner Lebewohl und seinem Eid treu. Monarchie hieß er auf seinem Blatte bis zur Auflösung des ersten Reichstagskongresses aus. Mit dem Kumpfparlament

hatten die Kollegen mit Ehrenwort und Handschlag ihr Erscheinen in Aussicht gestellt, aber gefehlt haben sie trotzdem.

Zu mehr als 30 Betriebenmeisterbetrieben mit nahezu 300 Beschäftigten wurde durch Augenchein festgestellt, dass die Arbeiter wöchentlich 6-8 Stunden über die für sie tariflich geregelte Arbeitszeit hinaus arbeiten und dafür 3-5 Pf. pro Woche weniger Lohn bezahlen als ihnen tariflich zusteht. Allerdings sind diese Gelden bis auf wenige nicht organisiert. Zu einem anderen Betrieb hat der Unternehmer sich verpflichtet, von dem aushängenden Akte des Tarifarbitrat jedem Arbeiter einen verhältnismäßig Abzug einzubändigen. Ein Unorganisierter erhielt jedoch alle in Betracht kommenden Artikel 15-20 Proz. billiger bezustellen.

Die Arbeitslöhne eines anderen Betriebes waren sehr oft Gegenstand berechtigter Streit, sowohl in Beratungen als auch an dieser Stelle. Dem Unternehmer war das nicht angehört. Auf Grund seiner Weisheit wurden alle bei ihm beschäftigten Arbeiter zu einer Zusage zwecks Regelung der Akte des Tariflöhnes geladen. Die Einladungen erfolgten auf Grund eines vom Unternehmer hergestellten Adressenverzeichnisses. Trotzdem haben zwei Drittel der Beladenen gesetzelt. Eine mit Mühe und Not zusammengebrachte Lohnkommission hat auch hier völlig versagt.

In der Geschichte unseres Verbandes dürfen wir solche Ereignisse als ziemlich unüblich verzeichnen. Sie aber der Offenheit vorenthalten, heißt sie stillschweigend deden. Dazu liegt nun so weniger Grund vor, als es ja gerade die Elemente sind, die mit den gezeigten Erfolgen unseres Verbandes unzutreffend sind und nun auf eigene Faust nach eigener Art Rambbopolitik treiben und ihre eigenen Kollegen in nicht zu beiderseitiger Weise schädigen.

Meilen wir nicht an solchen Ereignissen, wenn sie auch vereinzelt vorkommen, sondern an den erzielten Erfolgen, die noch längere Aufgaben unseres Verbandes, so müssen wir leider gestehen, unser Verband hat die an ihm gestellten Aufgaben noch lange nicht erfüllt.

Nun ist es ein begreuernder Einwand, zu sagen: Na, dann möge der Verband doch das Verfaultheit nachholen und zu erringen suchen, was zu erringen ist. An Genickende wird es sicherlich nicht fehlen.

Demgegenüber fragen wir: Wer ist denn der Verband? Etwa der Zentralvorstand, die

zog er von Frankfurt nach Stuttgart, wo er trotz der Misshandlungen einer rohen Soldatesko das Banner der Volksverteidigung verteidigen half, bis ihre letzten Reste mit Waffengewalt auseinandergerissen wurden.

Seinen Lebensabend widmete er wieder in jüller Zurückzogenheit seinen Lieblingsforschungen. Am 13. November 1862 setzte der Tod seinem arbeitsreichen, schaffensfreudigen Leben nur immer ein Ziel. Die Ergebnisse seiner wissenschaftlichen Studien erschienen nach seinem Tode, in den Jahren 1865-1868, in den acht Bänden der „Schriften zur Geschichte der Dichtung und Sape“, die neben seinem Ruf als Dichter und Volksmann auch den des Forstlers und Gelehrten begründeten. pb.

### Arbeit.

(Aus Thomas Carlyles Werken.)

Zwei Menschen ehre ich und keinen dritten. Erstens den sich mühselnden Arbeiter, der mit von der Ede geöffneten Werkzeugen mühsam die Ede besiegt und sie zum Eigentum des Menschen macht. Eherwürdig ist mir die harte, rauhe, verkrümpte Hand, worin nichtsdominanter eine unauslöschlich königliche Majestät liegt, denn sie führt das Szepter dieses Planeten. Eherwürdig ist auch das rauhe, verwitterte, beschmutzte Antlitz mit seiner Intelligenz, denn es ist das Gesicht eines Menschen, der so lebt wie ein Mensch leben muss. Ja, um so ehrwürdiger bist du mir wegen deiner Rauheit, und eben, weil wir dich sowohl beuteln als lieben müssen! Schwer beladenen Bruder! Für uns ward dein Süden so gebaut, für uns wurden deine grauen Glieder und Finger so entstellt. Du warst unser Sklaven, auf den das Los fiel, und indem du unsere Schlächen lämpfst, wirst du zum Krüppel. Denn auch in dir lag eine gotischgeschaffene Form, aber sie sollte nicht entfaltet werden. Eingeschüttet sollte sie bleiben in die dichten, unabhängigen der Arbeit und

Bauleitung, die Ortsverwaltung oder irgendeine nicht zu fassende körporelle Behörde? Bilden einzelne im Hintergrund der Bewegung stehende Personen den Verband? Sind es die Statuten, die als Verband angesehen werden?

Nein, der Verband ist eine Zusammenfassung aller ehrlichen und fleißigenen Betriebsgenossen und Berufsgenossinnen, die von dem Ziele betroffen sind, die wirtschaftliche Lage aller, die für Lohn erwerbend tätig sind, zu verbessern und ihnen zu ermöglichen, als Kulturmenschen zu leben. Dazu gehören also alle in Sattlerien und Lederwarenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Wer sich außerhalb dieser Gemeinschaft stellt, vermisst damit jedes Mitbestimmungsrecht und jedes Recht einer zu beachtenden Kritik. Es ist also auch eine Aufgabe des Verbandes, d. h. der Berufszugehörigen, die Vermittelnden aufzutragen, sie zu überzeugen, dass für ein notwendiges Blied in der Phalanx der Arbeiterschaft zu bilden haben, dass sie an den Zielen der modernen Arbeiterbewegung mitarbeiten müssen, bis das mit Recht gefragt werden kann, wir leben in einer Gesellschaftsordnung, die durch die gewerkschaftliche Organisation übergelebt ist. Dieses Ziel in absehbarer Zeit zu erreichen, war unserem Verband noch nicht möglich, volglich hat er seine Aufgaben noch nicht erfüllt. Er wird sie aber in Gemeinschaft mit den übrigen freien Gewerkschaften erfüllen, wenn die Arbeiter wollen und ihren Willen in die Tat umsetzen.

### Die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden nach der Reichsversicherungsordnung.

#### II.

Die folgenden Ausführungen geben eine Übersicht über das neue Recht. Während im allgemeinen die Berufungspflichtigen ohne weiterees Mitglieder der zuständigen Rentenanstalt werden, ihre Mitgliedschaft ohne Rücksicht auf Anmeldung oder Beitragszahlung mit dem Tage des Eintritts in die berufungspflichtige Beschäftigung beginnt, § 206, und demgemäß nach § 206 der Anspruch auf Unterstützung entsteht, hängt die Mitgliedschaft der Hausgewerbetreibenden von der Eintragung in ein von der Rasse geschaffenes Mitgliederlehrbuch ab. Erit mit dem Tage dieser Eintragung beginnt die Mitgliedschaft, § 42. Bis dahin ist die Rentenanstalt oder allgemeine Rentenanstalt bei Eintritt eines Unterstützungsfalles, obwohl die Person verhobt sind, nicht zur Unterstützung verpflichtet. Nach § 451 Abs. 1, § 487 kann sogar bestimmt werden, dass Krankenleistungen erst nach einer Wartezeit von jedo-

dem Körper wie deine Seele die Freiheit nicht kennen lernen. Und doch arbeite, arbeite zu! Tu arbeite um das durchaus wertvollste: um das tägliche Bro.

Einen zweiten Mann ehre ich hoch: den, welcher für das geistige Menschenleben arbeitet. Niemand auch er in seiner Blüte, indem er nach innerer Harmonie streift und diese durch Wort und Tat in all seinen äußeren Bestrebungen offenbart? Diese zwei Menschen in allen ihren Arten und Abiturien ehrre ich. Alles andere in Staub und Spreu, die der Wind wehen kann, wohin er will.

Unausprüchlich röhrend jedoch ist es, wenn sich beide Bürden vereinigt finden und wenn der, der äußerlich für die niedrigsten der menschlichen Bedürfnisse arbeiten muss, innerlich auch für die höchsten arbeitet. Etwas Erhabenes auf dieser Welt fenne ich nicht.

Dass ein Mensch unmöglich dahinscheiden kann, der Fähigkeit zum Wissen besitzt, das nenne ich eine Tragödie auch wenn sie sich älter als zwanzigmal in der Minute gütigt, wie dies nach gewissen Rechnungen der Fall sein soll. Das armelose Studium Wissenschaft, welches die vereinte Menschheit in einer weiten Welt des Nichtwissens verlangt hat, warum wird das nicht mit ungezügelter Bestissenheit allen mitgeteilt?

Ein gewisses „Mitternatum der Arbeit“, eine gewisse edle Humanität und praktische Göttlichkeit der Arbeit wird noch auf dieser Erde realisiert werden. Aber warum „wird“? Warum blicken wir zum Himmel, ohne die eigene Schulter aus Blut zu sezen? Die Gegenwart muss anfangen, wenn sie will, dass die Zukunft vollende. Du, der du prophezeilst, der du glaubst, beginne du auch zu erfüllen! Wisse, dass das Wort „unmöglich“ da, wo Wahrheit und Erbarmen und die ewige Stimme der Natur befiehlt, in dem Wörterbuch des braven Mannes seinen Platz hat.

Wochen gewährt werden und daß das Maß der Leistungen von der Zahlung ihrer Beitragsanteile abhängig ist.

Der Hausgewerbetreibende hat sich und alle hausgewerblichen Versicherungspflichtigen, abgesehen von den zur Familie gehörigen Haushaltsangehörigen, bei der Krankenkasse zur Eintragung in das Verzeichnis anzumelden. Wird die Anmeldung unterlassen und es kommt zur Kenntnis der Kasse, daß ein im Haushalt befindlicher Hausgewerbetreibender keiner Krankenkasse angehört, obwohl er versicherungspflichtig ist, trägt die Kasse ihn von selbst in das Verzeichnis ein. Die Behörden sind verpflichtet, jeden Versicherungspflichtigen zu melden, der nicht schon Mitglied einer Krankenkasse ist. Die Kasse kann Personen zur Feststellung ihrer Versicherungspflicht laden und durch Strafmaßnahmen bis zu 10 M. zum Erscheinen und Aussagen anhalten, § 442 bis 445.

Die Mitgliedschaft bleibt auch erhalten, wenn der Einzelne vorübergehend nicht hausgewerblich tätig ist. Diese Fortdauer der Mitgliedschaft beruht auf der prinzipiellen Versicherungspflicht, sie ist nicht wie bei den übrigen Versicherungspflichtigen durch einen bestimmten Beschäftigungsverhältnis bedingt. Er erhält also alle Rechte und Pflichten der Mitglieder, muß folglich auch seinen Beitragsteil für diese Zeit zahlen, § 446.

Die Mitgliedschaft erlischt mit dem Wegfall der Versicherungspflicht, also wenn die hausgewerbliche Beschäftigung dauernd aufhört oder wenn glaubhaft nachgewiesen wird, daß er Mitglied einer anderen Kasse geworden ist. Doch hat der Versicherte sich zur Eintragung in das Verzeichnis sofort wieder zu melden, wenn er aus der anderen Kasse ausscheidet oder seine frühere Beschäftigung wieder aufnimmt, §§ 447 und 448.

Die Mittel für die hausgewerbliche Versicherungspflichtigen werden teils durch Beiträge dieser selbst, teils durch Zuschüsse der Auftraggeber, für deren Rechnung hausgewerblich gearbeitet wird, aufgebracht, § 469.

Die Zuschüsse des Arbeitgeber bemessen sich nur nach dem Entgelte, den sie dem Hausgewerbetreibenden für die geleistete Arbeit beahlen; es kommt nicht darauf an, ob und welche Kasse der einzelne Hausgewerbetreibende angehört und welche Beiträge er bezahlt. Die Zuschüsse des Auftraggeber werden einheitlich für alle Gewerbebezirke und für das ganze Reichsgebiet in der Weise berechnet, daß ihre jährliche Gesamtsumme die Hälfte der Gehaltskosten deckt, die den Landkrankenkassen erwidert würden, wenn sie die Regelleistungen nach dem Ortslohn für alle hausgewerblichen Versicherungspflichtigen gewähren würden. Bis zum 31. Dezember 1914 betrugen die Zuschüsse zwei vom Hundert des Entgeltes. Späterhin werden sie vom Bundesrat nach Anhörung der Rechnungsstelle des Reichsversicherungsamtes immer für 4 Jahre festgesetzt. Für die ersten 10 Jahre nach dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung ist der Bundesrat nicht an diese Zeiträume gebunden, §§ 470 bis 472.

Der Auftraggeber hat bei Strafvermeidung, je nach schläfriger oder vorfaßlicher Handlung in Höhe von 20—300 M., in der ersten Woche jeden Monats der Landkrankenkasse, oder wenn keine Landkrankenkasse errichtet ist, der allgemeinen Ortskrankenkasse, also nicht der Orts- oder Betriebskrankenkasse, bei der er mit seinem Betriebe versichert ist, eine Liste der im abgelaufenen Monat beschäftigten Hausgewerbetreibenden unter Angabe des Namens, des Betriebes und des Entgeltes jedes Hausgewerbetreibenden einzurichten und zugleich die fälligen Zuschüsse einzuzahlen. Soweit die Kasse nicht selbst zuständig ist, gibt sie die Liste an die zuständige Kasse weiter und berechnet mit dieser die eingezahlten Zuschüsse, §§ 473 bis 477, 580.

Die Beiträge, welche die hausgewerblichen Beschäftigten einzahlen, werden in der Sabzung besonders nach dem Ortslohn festgesetzt, § 480. Als Ortslohn gilt der ortsübliche Lohngehalt gewöhnlicher Tagesarbeiter. Das Oberversicherungsamt bestimmt hier trenn nach Alter und Geschlecht einheitlich für den Bezirk jedes Versicherungsamtes fest. Die Festsetzung erfolgt alle vier Jahre. Für die hausgewerblichen Versicherten gilt der Ortslohn stets als Grundlohn. Im Gegensatz kann bei den Ortskrankenkassen die Vereinigung der Leistungen nach dem Grundlohn, d. i. die Verdienstlosigkeit der einzelnen Mitglieder bis zur Höhe von 6 M. bestimmt werden, §§ 149, 180 und 181.

Die Beiträge sind so zu bemessen, daß sie mit den Auftraggeberzuschüssen die Entschädigungslast der Kasse für ihre hausgewerblichen Mitglieder decken. Hat der Hausgewerbetreibende für seine hausgewerblichen Beschäftigten Beiträge zu zahlen, so werden die vollen Beiträge für diese eingezogen und entfallen zu zwei Dritteln auf die hausgewerblich beschäftigten Hilfspersonen, § 481.

Die Höhe der gutgeschriebenen Auftraggeberzuschüsse ist über für die Höhe der dem Hausgewerbetreibenden zustehenden Vorunterstützungen nach-

gebend, also bei Krankengeld, Wohnerinnerunterstützung, d. s. Schwangeren- und Stillgeldes, sowie mit Zustimmung des Oberversicherungsamtes auch bei dem Sterbegeld. Hat z. B. der Versicherte 18 M. Beiträge gezahlt, an Auftraggeberzuschüssen sind aber nur 8 M. eingegangen, so beträgt das Krankengeld oder die sonstigen vorgenannten Unterstützungen nur vier Neuntel der gesetzlichen Unterstützungsgröße; höhere als die satzungsmäßigen Leistungen werden nicht gewährt, §§ 482, 484.

Das Gesetz gibt den Hausgewerbetreibenden die Möglichkeit, sich und seinem Personal die volle Vereinigung der Krankenkasse, insbesondere der Vorunterstützungen, unabhängig von den schwankenden Einnäggen an Zuschüssen zu sichern. Die Kasse muß dem Hausgewerbetreibenden auf seinen Antrag gestatten, die Beiträge im doppelten Betrage einzuzahlen, geschieht dieses, so erhalten sie Anspruch auf die vollen Leistungen, welche die Sabzung vor sieht. Die Auftraggeberzuschüsse werden sodann dem betreffenden Hausgewerbetreibenden ausgezahlt oder auf dessen Beiträge vorrechnet, § 485. Sind Hausgewerbetreibende dauernd für denselben Auftraggeber tätig, so kann er mit ihrer Zustimmung auch diese Beiträge einzahlen und sie von ihnen ebenso wieder einzahlen, wie andere Arbeitgeber von ihren Versicherungspflichtigen, § 486. Schließlich kann der Gemeindeverband durch Erstatut mit Zustimmung der Beschlussteimmer des Oberversicherungsamtes die hausgewerblichen Versicherungspflichtigen von der Beitragspflicht befreien und selbst die Kosten übernehmen, soweit die Zuschüsse der Arbeitgeber sie nicht decken. In diesem Fall kann durch Statut die Kassenleistung mit Zustimmung des Oberversicherungsamtes, nur auf Krankenpflege und das Sterbegeld auf 30 M. beschränkt werden, es wird also im Falle der Arbeitsunfähigkeit kein Krankengeld gewährt, § 489. Durch Anordnung des Landesregierung kann in Bezirken, in denen die Hausgewerbetreibenden außerstande sind, Beiträge zu leisten, der Gemeindeverband verpflichtet werden, die Kosten zu übernehmen, wobei dann die vorerwähnten Beitragszuschüsse der Kassenleistungen eintreten, § 490. Durch Sabzung kann ferner mit Zustimmung des Oberversicherungsamtes bestimmt werden, daß das Krankengeld gekürzt oder eingehalten wird, wenn der Hausgewerbetreibende mit seinen Beiträgen im Rückstand ist; die Auszahlung der Unterstützung ist also von der pünktlichen Einzahlung der Beiträge abhängig gemacht, § 493.

Die Krankenkassen sollen nach § 182 im Falle der Arbeitsunfähigkeit für jeden Arbeitstag, vom vierten Krankheitstage an, ein Krankengeld in Höhe des halben Grundlohnes, Wohnerinnerunterstützung in Höhe des Krankengeldes für acht Wochen, § 195, und ein Sterbegeld im zwanzigfachen Betrage des Grundlohnes gewähren. Diese Leistungen gelten nicht für die hausgewerblichen Versicherungspflichtigen, hier werden die Leistungen durch die Sabzung besonders nach dem Ortslohn festgesetzt, § 480. Regelmäßig werden hier das Krankengeld und die übrigen Leistungen nach der Höhe der Auftraggeberzuschüsse, wie bei der Regelung der Beitragsleistung berechnet angegeben, bemessen.

Diese vorerwähnten gesetzlichen Bestimmungen bezüglich der Beiträge und Leistungen haben aber auch Gültigkeit, wenn die Hausgewerbetreibenden statt bei der Landkrankenkasse bei der etwas gegenüberliegenden allgemeinen Ortskrankenkasse versichert werden. Das Gesetz bestimmt, daß für die Versicherung der Hausgewerbetreibenden die besonderen, in den vorstehenden Ausführungen geltenden gesetzlichen Vorschriften maßgebend sind, § 166. Die Möglichkeit einer anderen gesetzlichen Regelung ist nur dann gegeben, wenn die bisher versicherten Hausgewerbetreibenden bei Inkrafttreten des neuen Gesetzes, 1. Januar 1914, bei ihren bisherigen Ortskrankenkassen, wie in dem vorhergehenden Artikel ausgeführt ist, verbleiben.

Zu erwähnen ist jedoch, daß bezüglich der Durchführung der hausgewerblichen Versicherung nach der Begründung zum Entmilitri und weiteren bundeseigenen Verhüllungen, welche die vorstehenden Bestimmungen ergänzen oder den örtlichen Verhältnissen entsprechend regeln, zu erwarten sind.

Was nun noch die Organisation der Landkrankenkassen betrifft, so besorgen auch hier Vorstand und Ausschuß die Geschäfte der Kasse, § 327. Die Vertretung des Gemeindeverbandes wählt den Vorstand und die anderen Mitglieder des Vorstandes, § 331, und nach § 336 auch die Vertreter der beteiligten Arbeitgeber und die Ausschussvorsteher der bei der Kasse Versicherten, doch ist der Vorstandsvorsitz die Möglichkeit gelassen, anzuordnen, daß die Wahlen durch die Arbeitgeber und Versicherten in der nämlichen Weise wie bei den Ortskrankenkassen vorzunehmen werden.

Ist also die Verfassung äußerlich die gleiche wie bei den übrigen Krankenkassen, welche auch schon nach der Reichsversicherungsordnung eine schwere Einsicht in das Selbstverwaltungsgesetz erlangt haben, so in das Selbstverwaltungsgesetz bestätigt, der Einfluß der

Versicherten bei den Landkrankenkassen gänzlich ausgeschaltet.

Mögen nun die Versicherten den sozialpolitischen Geschenk und speziell der Krankenversicherung künftig ein höheres Interesse entgegenbringen, denn auch dieses neue Gesetz trägt schon vor dem völligen Inkrafttreten den Keim der Veränderung in sich. Eine nicht zu unterschätzende Macht ist am Werke, die Abschaltung der Versicherten in den Verwaltungsgremien der Versicherungsträger, wie er in der Reichsversicherungsordnung begonnen, zur Durchführung zu bringen.

## Warum habe ich die Versammlung nicht besucht?

Ehe der „Herr des großen Gartnachts“ in der Bibel „sehr zornig“ wird und die „Lämmen, Krüppel und Blinden von den Stricken und Gauen des Tochi“ herbeihaben läßt, schlägt er in letzter Stunde noch einmal zu seinen „Freunden“, um sie zum Besuch seines Gartnachts aufzufordern. Aber sie machen allerhand Ausflüchte, z. B.: „Ich habe ein Hochzeitsgeld gekauft und muß hingehen, sie zu befehlen!“ oder kurz und bündig: „Ich habe ein Weib bekommen, darum kann ich nicht kommen!“ Bei Luther reuigt sich diese Entschuldigung sogar, aber dem Herrn des großen Gartnachts muss die Sache denn doch etwas sehr ungemein vorgekommen sein, sonst hätte er unseres Erachtens keinen Grund gehabt, so ungernlich zu werden!

Technisch klassische Ausreden kann man auch heutigen Tagen im modernen Partei- und Gewerkschaftsleben noch hören, wenn es gilt, sich vom Versammlungsbefreiung zu drücken oder das „Schwänzen“ der Versammlungen zu entschuldigen.

Anderem wir nachstehendes Verzeichnis aus dem Entschuldigungsbuch abdrucken, hoffen wir, den tauren Mitgliedern, welche die Versammlung nicht besuchen, hiermit bei der Erfindung neuer Entschuldigungen behilflich zu sein.

1. Ich war beschäftigt.
2. Fühlte mich etwas unwohl.
3. Ein Freund besuchte mich.
4. Hatte den Tag verwechselt.
5. Habe im Vorbeigehen wahrgesehen, nur wenige Kollegen hätten sich eingefunden.
6. Begleitete einen Bekannten zum Bahnhof.
7. Wußte zur Beerdigung gehen.
8. Hatte mein Mitgliedsbuch verloren.
9. Bereitete mich zu einer Hochzeit vor.
10. Habe schon früher gesagt, daß ich nicht kommen kann.
11. Meine Frau pocht, daß ich immer zu den Versammlungen gehe.
12. Bis dieser . . . noch Bevollmächtigter ist, werde ich nicht hingehen.
13. Wenn die Sache immer noch so weitergehen wie bis jetzt, habe ich keine Lust, die Versammlungen zu besuchen.
14. Hatte mich erkrankt.
15. War beim Zahnarzt.
16. Der Rheumatismus plagte mich wieder.
17. Habe die Kunstausstellung besucht.
18. War zu Besuch gegangen.
19. In der Nachbarschaft brach Unerschöpflichkeit aus.
20. Ich habe doch furchtbar weit zu gehen, und fast war es auch.
21. Hatte mich ganz und gar ausgeschwipst.
22. Ich hatte Stücke in der Seite.
23. Meine Frau war frant.
24. Niemand war da, der zu Hause bleibt.
25. Habe Nebenzünden gemacht.
26. War zu faul, um hinzugehen.
27. Warum werden die Versammlungen nicht frühzeitig abgehalten?
28. Auch ohne eure Versammlungen habe ich vollau zu tun.
29. Hatte meinen Spielabend.
30. Oberfaktor hat nicht erlaubt.
31. Hatte Rendezvous.
32. Es geht ja sowieso alles nach dem Willen des Vorstandes.
33. Bis die „Jungen“ an der Spitze sind und viel an sagen haben, werde ich nicht gehen.
34. Mit diesen „toten Brüdern“ will ich nichts zu tun haben.
35. Ich wohne doch zu weit weg.
36. Immer wird ein und derselbe Leiter gewählt.
37. Es ist wirklich bis zum Halse, über jede Kleinigkeit wird sowiel hin und her geredet.
38. Habe nicht gewußt, daß die Versammlung vormittags stattfindet.
39. Das Lokal gefällt mir nicht.
40. Die Versammlungen dauern doch zu lange.
41. Was für einen Außen habe ich davon?
42. Es wird viel zu gequatscht.
43. Sol doch der Teufel all eure Jänkereien.
44. Ihr lohnt euch ja alle von dem Außen beeinflussen, was soll ich da suchen.

45. Macht was ihr wollt, ich bin mit allem einverstanden.

46. Der Vorstand wird es schon besorgen.

Als letzte Gruppe wollen wir diejenigen Ver- sammlungschwänzer hier ansführen, welche durch ihre Entschuldigungen beweisen, daß gerade sie es besonders nötig hätten, die Versammlungen zu besuchen, um sich erst mal über die Pflichten der Mitglieder eines Verbandes aufzuklären:

1. Ich habe meine Beiträge bezahlt, genügt das nicht?

2. Es geht ja auch ohne mich!

Gewiß gibt es Verhältnisse, wo man erinnlich verhindert ist, in einer Versammlung zu erscheinen, das wird auch jeder vernünftig Denkende entstehen. Aber meistens ist doch eine gewisse Laune und Interessenlosigkeit mit im Spiele. Die betreffenden Kollegen sind sich, zum mindesten in dem Augenblick, ihrer Pflicht als organisierte Arbeiter nicht voll und ganz bewußt, denn hierzu gehört neben der Beitragzahlung und anderen Dingen auch der Versammlungsbefund! Tacum, Kollegen, keine leeren Ausreden mehr!

### Eingefandt.

#### Automobilbranche!

Als im vorigen Jahre der Zentralvorstand in einem längeren Artikel in unserer Zeitung darauf hinwies, daß durch die Spezialisierung unseres Berufes sowohl als durch die Entwicklung unserer Organisation es wohl möglich wäre, den Interessen der einzelnen Branchen mehr Rechnung zu tragen und dabei die Autobranche besonders betonte, stand in den Kreisen der Wagen- und Autofäitter die Frage der Abhaltung einer Branchekonferenz bald im Mittelpunkt der Diskussion. Es kann dies als Beweis dafür gelten, daß der Zentralvorstand mit seiner damaligen Ansicht so ziemlich das Richtige getroffen hat. Besonders wurde damals in Süddeutschland diese Anregung befürwortet. In einer Anzahl Verwaltungsstellen wurden Branchenkommisionen gebildet und diese mit den eventuellen Vorarbeiten betraut. Als solche kamen statistische Erhebungen auf centraler Grundlage in Betracht. Der Vorstand vertheidigte Verwaltungsstellen, diese Erhebungen auch auf die Art der Herstellungweise der einzelnen Wagen auszudehnen, wurde von der Zentraltarifkommission der Wagenfäitter Deutschlands als völlig undirektional abgelehnt obwohl der Vorstand vorher vorher das Wort gehabt hatte. Nachdem die Zentraltarifkommission den einzelnen Verwaltungsstellen mitteilte, daß sie einer Branchekonferenz sympathisch gegenüberstehe und das Material zu den Vorarbeiten übermittelt hatte, wurde ihrerseits in einem Artikel unserer Zeitung wieder „ziemlich gedämpft“ und die Angelegenheit war somit auf die lange Bank gestoßen. Neuerdings ist nun diese Frage wieder ins Rollen getreten, nachdem durch die Verbandsabstimmung die Frage der Branchekonferenzen im allgemeinen in ein anderes Stadium gerückt ist. In einer Anzahl Verwaltungsstellen wurde bereits wieder dazu Stellung genommen und überall lebhaft befürwortet, daß allenfalls die Schaffung einheitlicher Lohn- und Arbeitsbedingungen als dringende Notwendigkeit erachtet wird. Angesichts dieser Tatsache gibt nun die Zentraltarifkommission bekannt, daß sie definitiv eine mündliche Aussprache dieser Frage herbeiführen, und werden die Ortsverwaltungen erachtet, hierzu Stellung zu nehmen. Erfreulicherweise hält sie nun, im Gegensatz zu früher, auch für notwendig, sich klarheit über die Art der Herstellung der einzelnen Wagen zu verschaffen. Dieser Umstand kann nach meiner Auffassung schon als Fortschritt bezeichnet werden. Ob nun die Aenderung der Ansicht der Zentraltarifkommission dem Wechsel der Personen zugrunde liegt, will ich hier nicht untersuchen, sondern ich will versuchen, darzulegen, was ich ungefähr von einer solchen Konferenz erwarte. Erstens die Schaffung einer Grundlage zur einheitlichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, an der Hand der diesbezüglichen bisherigen statistischen Erhebungen. Ferner müßte zu diesem Zweck noch eine Statistik allerneuesten Datums erhoben werden, da bei der rapiden Aenderung der Herstellung im letzten Jahre sich wohl im Kurse der Arbeitssatz verändert haben wird. Hierzu könnten ungefähr die Fragen dienen, die Kollege Röll-München von Nr. 1 bis 7 vorgebracht hat. Die Fragen 8 und 9 könnten unter Punkt Affordarbeit behandelt werden. Seine Frage 10 würde wohl viel Schwierigkeiten bei der Erhebung verursachen, ohne jedoch tatsächlich Beweismaterial zu liefern. Um ein möglichst einheitliches Material zu erhalten, würde ich eine zentrale Erhebung der lokalen vorziehen. Nun zur Frage der Affordarbeit. Kollege Röll hat recht, die Abfassung der Affordarbeit müßte um jeden Preis erkämpft werden. Als Beispiel soll nach seiner Auffassung München mit ausschließlich Kleinbetrieben gelten.

Ich meine, völlig überflüssig ist es über diese Frage zu diskutieren. Wenn ich mich nicht irre, hat der Zentralvorstand in seiner Broschüre über die statistischen Erhebungen der Sattler usw. Deutschlands im Jahre 1911 besonders darauf hingewiesen, daß in unserer Branche durch den lokalen Aufschwung zum Großbetrieb und die damit verbundene Möglichkeit der Spezialisierung der Produktion, die Affordarbeit eine ganz enorme Steigerung erfahren hat. Da nun unter den Verhältnissen in einem gemischten Großbetrieb, in dem unsere Branche nur einen kleinen Bruchteil bildet, es ausgleichen scheint, daß uns eine Extrawucht geboten wird, halte ich es für zwecklos, diese Frage zu erörtern. Es wäre vollständig verkehrt, wenn wir uns der natürlichen Entwicklung eines modernen Großbetriebes entgegenstellen wollten. Ich war nie ein Befürworter der Affordarbeit, aber wo sie uns einen Vorteil bringen kann, wollen wir ihr nicht entgegentreten. Vielleicht halte ich es als die dringendste Arbeit, eine einheitliche Basis zu schaffen, auf der die Vereinbarung der Affordlohn mit dem Arbeitgeber zu erfolgen hat. Um so dringender ist dies notwendig, je mehr der Wechsel der Formen sowohl als die der Ausführungen der einzelnen Wagen uns greift. Um auf diese Grundlage zu kommen, ist es eben notwendig eine mündliche Aussprache über die Herstellungweise, Einwirkung der technischen Hilfsmittel usw. herbeizuführen, wozu bestimmte Vorarbeiten notwendig sind. Der Umstand, daß unsere Branche noch jung ist und die Mehrzahl der hiermit Beschäftigten aus Kleinbetrieben zu unserer Branche übergetreten sind, zum Teil auch erst in neuerer Zeit den Weg zur Organisation gefunden haben, ist eben die Ursache, daß die örtlichen Verwaltungsstellen resp. Branchenkommisionen nicht fähig sind, aus eigener Initiative heraus, grundlegende, für unsere Verhältnisse Affordbedingungen zu schaffen resp. aufrechtzuerhalten. Gerade der lokale Umwandlung in der Herstellungswweise, wie er im vergangenen Jahre stattfand, begründet den Ruf nach einer mündlichen Aussprache zwecks Schaffung einer einheitlichen Grundlage. Dafür auch der Ruf aus Halle, daß die Verbandsleitung auch die Verantwaltung habe, ihr Augenmerk mehr der Autobranche zu widmen. Daß auch der Zentralvorstand diese Notwendigkeit ein sieht, hat er uns in der jüngsten Zeit bei der Begründung der Beitrags erhöhung zum Ausdruck gebracht. Wir manche örtliche Branchenkommision resp. Affordkommission wird sich im Laufe des letzten Jahres bei Umrechnung der bisherigen Affordpreise in Preise für Klubseifelpolsterung den Kopf zerbrochen haben und nach einer Grundlage gesucht haben, um auf der selben die Neuordnung aufzubauen zu können. Mögen sich die nachgehenden Zustände überlegen, ob sie durch ihre „Kämpfung“ nicht doch etwas gefährdet haben. Ich meine also, nicht Abschaffung der Affordarbeit soll die Zeit in Anspruch nehmen, sondern gegenseitige Aussprache über bisherige Erfahrungen und hieraus das Praktische zu einem Ganzen gesammelt wird, an das sich die örtlichen Kommunen halten können. Zweifellos spielt hierbei auch die Frage des Holzmen- und Prämiensystems sowie des Lehrerkundenbesuches und die Sonntagsarbeit eine wesentliche Rolle. Ich meine, daran hand anzulegen ist eine der dringendsten Aufgaben. Ehe ich zu der Einzelung in Unterbezirke das Wort nehme, meine ich, daß es angebracht ist, zuerst zu erfahren, was der Zentralvorstand seit München in dieser Sache geleistet hat. Aber noch andere Fragen sind zu beschreiben, und zwar nicht minder wichtige. Die Konferenz müßte untersuchen, ob es nicht möglich wäre, unter den in unserer Branche beteiligten Organisationen einen Vertrag abzuschließen, unter welchen Voraussetzungen gemeinschaftliche Verträge abgeschlossen werden können und wie sich die einzelnen Organisationen bei Streits, Aussperrungen und so weiter, in die wir indirekt hineingezogen werden, zu verhalten haben. Ich halte es für angebracht, daß der Zentralvorstand nun zuerst seine Ansicht zu der ganzen Angelegenheit bekanntgibt, damit die einzelnen Verwaltungsstellen erfahren, in welchem Sinne sie ihre Vorarbeiten zu treffen haben.

Stuttgart.

J. Weiß.

### Mahnwort.

Wollt Ihr Euch des Drucks erwehren? Wollt Ihr Euch zuerst betreuen, Nicht in schlimmer Zwieträger bleiben, Wollt den bösen Haß vertreiben. — Durft den Kamerad nicht schmähen, Mag er irren auch und fehlen, Nicht den Splitter sehr gleich fallen, Wenn Ihr selber habt den Balken — Wollt den dummen Hochmut töten, Alle seid Ihr Fröner und Proleten, Die am gleichen Nebel fransen. Darum sollt Ihr Euch nicht zanken.

### Streiks und Lohnbewegungen.

Bei Wenking u. Co., Metallarbeitsfabrik in Fürth sind die Arbeiter am 21. Oktober in den Streik getreten. Wenking ist die Organisation ein Dorf im Stile und verfügte er, die Arbeiter von der Zugehörigkeit zum Schweiz Lederarbeiterverband abwendig zu machen. Zu diesem Zwecke brachte er den „Freien Arbeiter“, das Organ Pechosas und des Lederarbeiterverbandes, gratis in das Arbeitslokal. Die Auflage der letzten Nummer führte dann zu Differenzen und nannte Wenking seine Arbeit eine „Sauhaut“ und warf ihnen Lausibberei und Lummelheit vor. Prodigie wie Wenking ist, meinte er dann, wenn dies nicht gefalle, könne gehen. Die Arbeiterlichkeit ließ sich eine derartige Behandlung nicht gefallen und legten dann alle Arbeiter und Arbeitnehmer die Arbeit nieder.

Wenking hat im Verlaufe des Sommers mit dem Lederarbeiterverband einen Tarifvertrag abgeschlossen, den er ebenfalls nicht in allen Teilen einhalten will. Auch stellte er immer mehr Leute ein, obwohl die vorher Beschäftigten auf Material waren müssen. Am Dienstag nachmittag fanden dann Unterhandlungen statt, welche aber noch keine Einigung zu erzielen vermochten. Die Arbeiter weigerten sich, zur Arbeit zurückzufahren, solange Wenking keine auskömmige Behandlung aufstelle und eine Rente fördere. Die Firma Wenking ist für Arbeiter und Arbeitnehmer gesperrt und wird vor Arbeitsannahme gewarnt.

### Korrespondenzen.

Offenbach. (E. 2. 11.) Nachdem die russisch-polnischen Kollegen am 11. September zu dem in der Nr. 39 der „Arbeitzeitung“ erschienenen Artikel „Ausländer-Arbeiter“ usw. Stellung genommen und eine Kommission von vier Kollegen bestimmt haben, die die Agitation unter den russisch-polnischen Kollegen betreiben sollen, tonnen mit der praktischen Organisationsarbeit begonnen werden. In einer Sitzung dieser Kommission, an der der Vorstand der hiesigen Verwaltungsstelle teilnahm, wurde darüber beraten, welche Schritte einzuleiten sind. Es wurde beschlossen, zunächst einmal festzustellen, wieviel russisch-polnische Arbeiter in der Offenbacher Lederwarenindustrie tätig sind. Zu diesem Zwecke wurden Fragebögen ausgelegt, die nachstehende Fragen enthielten: Vor- und Wohnname, Wohnung, in welcher Branche tätig, Heimat oder Werkstattarbeiter, seit wann im Beruf tätig, seit wann in Offenbach ansässig? Außerdem noch die Frage der Organisationszugehörigkeit. Daraufhin stand am 5. Oktober wiederum eine Versammlung der russisch-polnischen Kollegen statt, in welcher von 50 anwesenden Kollegen die Fragen beantwortet werden konnten. Es wurde auch in dieser Versammlung bestimmt, daß 700 Russen hier in der Lederwarenbranche beschäftigt seien. Die Anwesenden versprachen, alles daran zu setzen und bei der Aufnahme der Statistik behilflich zu sein, um ein genaues Resultat zu erhalten. Am 23. Oktober war die Zahlung beendet und 114 Kollegen gezählt. In einer am 26. Oktober stattgefundenen Versammlung, zu welcher alle Gesetzten direkt eingeladen wurden, waren 70 Kollegen und eine Kollegin erschienen. Auf der Tagessitzung stand das Ergebnis der Statistik. Kollege Bürru wie zuerst daran darunter hin, warum die Zahlung vorgenommen und wie die Kollegen ausständig gemacht wurden. Wie gingen von der zweifellos richtigen Annahme aus, daß zunächst jeder hier ansässige russische Kollege gewiß den einen oder anderen kenne, und zwar so angeben könnte, daß man die Wohnung erfahren kann. Es wurde also jeder Aufgenommene darüber um Angabe angegangen. Es war dies wohl eine schwierige Arbeit, da man oft in einer Straße zweimal bis dreimal zurückgehen mußte. Jedoch war es auf diese Weise möglich, fast alle (wenn auch nicht sämtliche) zu erfassen. Nach dieser Aufnahme wurden 114 Personen gezählt, die als Arbeiter in der Lederwarenbranche beschäftigt sind. Von den 70 Anwesenden war keiner in der Lage, auch nur noch einen angeben zu können. Diese 114 Personen verteilen sich auf folgende Branchen:

	Angahl	davon sind Herrn- arbeiter	davon sind Weibl.- arbeiter	davon sind organisiert
Ausländer . . . . .	51	18	33	21
Portefeuillier . . . . .	36	6	31	12
Sattler . . . . .	8	—	8	7
Zugschneider . . . . .	5	—	5	1
Stepper und Röderer . . . . .	3	männl. 1 weibl. 2	—	—
Kloper . . . . .	1	1	—	—
Gesamtstand . . . . .				
Schärfer . . . . .	2	—	—	1
Ohne nähere Angabe . . . . .	8	—	—	2
Summa . . . . .	114	26	78	45

Bei den acht Stollegen, wo die näheren Angaben fehlen, soll dies nachgeholt werden, da diese zu Haufe nicht anzufreien waren. Die Frage, wie lang sind diese 114 in Eisenbad ansässig, ergibt folgendes: 20 Kollegen sind seit einem und unter einem Jahr hier, 26 Kollegen seit 2 bis 5 Jahren, 35 Kollegen seit 6 bis 10 Jahren, 5 Kollegen seit 11 bis 15 Jahren und einer über 15 Jahre hier. Von 29 Kollegen fehlten die Angaben. Da nun die Meinung noch vertreten ist, daß alle ehemaligen Eisenbahnarbeiter über Ermittlungen angefallen seien, würden auch hier über Ermittlungen angefallen. Dabei ergab sich: Von den Anstaltslägerern sind 14 seit 1 bis 5 Jahren im Beruf tätig, 16 Kollegen seit 6 bis 10 Jahren, 7 Kollegen seit 11 bis 20 Jahren, 4 Kollegen seit 20 bis 30 Jahren und 1 über 30 Jahre im Beruf tätig. Von den Vorsteuermannen sind 13 Kollegen seit 1 bis 5 Jahren im Beruf tätig. Diese sind zum Teil als Kinder hierher gefolgt, haben die höhere Schule besucht und im hiesigen Berufsetat geleistet. 3 Kollegen sind seit 6 bis 10 Jahren, 10 Kollegen seit 11 bis 20 Jahren und 3 Kollegen seit 21 bis 30 Jahren im Beruf tätig. Die 8 Sattler sind seit 5 bis 25 Jahren im Beruf tätig und bis zu 10 Jahren in Eisenbad als Werkstattarbeiter beschäftigt. Aehnlich steht es mit den Guindmeistern, die seit 10 bis 15 Jahren im Beruf läng und seit 5 bis 15 Jahren in Eisenbad ansässig sind. In der Distillation, die sehr lebhaft war, wurde bekannt, daß nur 45 Kollegen organisiert seien. Einzelne motivieren es damit, daß eine gewisse Angst die Kollegen davon abhält. Es sei bei Meldungen auf der Polizei die Frage an sie gerichtet worden, ob sie im Verbau seien? Diese Behauptung klingt so unglaublich, daß es gut wäre, wenn durch die

Effenbacher Gemeindevertreter Erklndigungen an  
zuständiger Stelle darunter eingezogen werden. D. R. Weitner wurde angeführt, daß, wenn man die von der  
Handelsstmme angegebene und von der Aus-  
gung tbernommene Zahl von 700 mit dieser Auf-  
nahme vergleiche, eriere feineswegen nur auf Russen  
bezogen werden könne. Selbst dann, wenn man, was  
feineswegen zutriﬀt, auch nur die Hälfte der Russen  
in der Statistik erfaßt hätte. Auch der Bevölkerungs-  
bericht der Stadt Effenbach weise die Zahl 700 ein,  
wie aus den Tagesschriften zu erkennen war, jedoch sind  
hier wohl alle Ausländer enthalten. Weitner bemerkte  
die Statistik, daß sich die Wehrzahl nicht sehr in  
Effenbach auf diese Branche verlegt hat. Bei allem  
ist es die 36 Porteauhler, die lange Jahre, bevor  
sie nach Effenbach kamen, als Porteauhler gearbeitet  
haben, oder sie haben wie jeder Porteauhler, nachdem  
sie aus der hiesigen Fabrik entlassen, drei Jahre  
in hiesigen Fabriken geleert. Anders sieht es bei  
den Anschlgern. Hier kommen 20 in Betracht. Sie  
exist in vorgebschriebenen Jahren das Anschlagen  
geleert haben und heute als Heimarbeiter zum Teil  
recht minderwertige Anteil anfertigen, zum Beispiel  
das ganze Gross-Taschen mit Rhren und Anschlagen  
also für und fertig machen, für 18 bis 21 M. Aber  
feineswegen sind die Russen die Schuldigen. Da errier  
Klime sind es die Deutschen Fabrikanten, die ein Anteile  
an ordinärer Ware haben und die joldy Anteil  
laborizieren und auf den Markt bringen. Mein  
Gehirn glaubt, daß die Effenbacher Fabrikanten aus  
Liebe zu den ausländischen Arbeitern die  
aunderwertigen Anteil anfertigen lassen. Nach  
dieser zum Teil sehr heftigen Diskussion hielt  
Herr Burch ein kurzes Referat uber den  
Wert der Organisation, das mit großem Be-  
geistert aufgenommen wurde. Auch hieran schloß sich  
eine lebhafte Debatte, wobei von allen Rednern Mit-  
arbeit zur Gewinnung der zusätzlichen Kollegen für  
den Verband angeführt wurde. Soweit die Kollegen  
heute nicht anwesend, sollen diese in der Wohnung  
ausgeschaut und für den Verband gewonnen werden.  
Es soll so lange gearbeitet werden, bis auch der letzte  
für die Organisation gewonnen ist. Nachdem noch  
eine Anzahl in den Verband aufgenommen waren  
schloß Kollege Burch nach Mittwochnacht die sehr an-  
regend verlaufene Versammlung mit dem Wunsche,  
die nächste, sehr bald stattfindende Versammlung noch  
besser zu besuchen wie die heutige.

NB. Innerhalb sechs Wochen fanden drei Versammlungen der russisch-polnischen Kollegen statt, die sehr gut besucht waren. Wenn wir auch von den deutschen Kollegen nicht verlangen, daß sie, wie ein Teil der russischen, um die Versammlung besuchen zu können, ihre Kinder von 4 bis 5 Jahren mitnehmen, weil die Frau Einkäufe zu machen hat, so wäre doch zu wünschen, daß unsere Mitgliederversammlungen immer so besucht wären wie diese. Unseren Mitgliederversammlungen bleiben die polnischen Kollegen weitestens fern, aus Gründen, die man nicht von der Hand weisen kann. Deshalb werden wir immer wieder für diese Kollegen besondere Versammlungen abhalten müssen.

**Werbau.** (E. 2. 11.) Die am 28. Oktober tagende Mitgliederversammlung nahm erneut Stellung zu den Wünschen der hiesigen Sachsenischen Waggonfabrik. Unter großartigen Versprechungen suchte dieselbe von Zeit zu Zeit Kollegen nach hier zu lösen.

Bei zu zufriedenstellender Leistung dauernde und angenehme Arbeit, ja sogar Lebensstellung sind die Versprechungen, die den sich bewerbenden Kollegen geben werden. Wer diesen Versprechungen glaubt, kann hier zu Arbeiten tritt, wird nach langer Zeit bitter enttäuscht. Die dauernde Arbeit ist in Stärke beenden und die Würdigungszeitsetzung macht den Kollegen sodann um eine Erfahrung reicher. Nur allein diese Art den Unwillen der Bevölkerung hervor, um so mehr wenn er noch verstärkt durch die Verhandlungswerte und das Benehmen des Meisters Andrees. Dürfte man dennoch bei seinem vorgeführten Alter verschiedenes günstige rechnen, so muss der große Ton, in dem deruelle seine Maßnahmen trifft, gut äußersten Ernst Antoß setzen. Muster und Prüfungen sind alle in seinem Bereich. Berechtiglich ist es, dass sich Meister Andrees noch über mangelndes Eingegangenenken beklagt. Wer sich nur im geringsten den Titulaturen und den Afordzungen, legerte seit einiger Zeit sehr beliebt, widerlegt, erhält neben einer weiteren Portion Groschen den blauen Brief übermittelt. Wie die Verdienste aussehen, dafür dürfte ein Beispiel der beste Beweis sein. Für eine Arbeit an einem „ländlichen Salzwagen“ wurde für 37 Stunden Arbeit der horrende Lohn von 8 M. verdient. Auch bei anderen Arbeiten sind solche Verdienste nicht selten. Bedauerlich ist es, dass der Kollege P. ...., naddem er sich für unsere Organisation stark interessiert hat, sich jetzt auf einmal abschießt. Glaubt der Kollege P. vielleicht, dass damit ihm und der Gesamtheit der Kollegen geholfen ist? Nur durch die Einigkeit und den freien Zusammenschluss aller ist es möglich, hier bessere Beihilfen zu schaffen und dies ist nur durch die Organisation möglich.

**Gassel.** (G. I. 11.) Sonnabend, den 26. October, fand eine gut besuchte öffentliche Sitzversammlung im Hotel Sommer am Graben statt. Nach Eröffnung derselben midwiete der Vorsitzende unserer bestorbenen Majisterer, Kollegen Hildebrand, einen kurzen Reden. Hildebrand war 17 Jahre Mitglied unserer Verwaltungsstelle und war niets mit Liebe für unsere Sache thätig. Die anwesenden Kollegen erhoben sich zu Ehren desselben von ihren Plätzen. Sodann referierte Kollege Schneider vom Armen über: „Die allgemeine wirtschaftliche Lage und Entwicklung im Saarlandkreis“. Kedner behandelte in 1½ Stunden Ausführungen unseres jüngsten Wirtschaftsleben mit all seinem Glanz und Daseinslämpchen. Das Verhalten der Regierung gegenüber der Teuerung, die Versuche der Schärmischer in Gemeindehaft mit gelben Gewerkschaften, das sogenannte Arbeitsamtgesetzwoche zurückzubringen, unterzog er einer idioriten Kritik. Zum Schlus führt er den Kollegen die Erfolge der Gewerkschaften, speziell unseres Verbandes, vor Augen. Die nachfolgende Diskussion nahm einen regen Verlauf; sie zeigte daß ein reges Interesse unserer Kollegen am politischen und gewerkschaftlichen Leben eingewohnt. Hoffen wir, daß auch in Zukunft in unseren Versammlungen ein solcher Geist vorherrschen wird und die Kollegen dahin kommen, wohin sie gehören.

#### **Haus anderer Organisationen**

Der Zentralvorstand des Verbandes der Bäcker und Konditoren unterbreitet dem Reichstag eine Petition zwecks geistlicher Regelung der 30-tägigen Sonntagsruhe oder eines wöchentlichen Ruheabends für alle Beschäftigten in den Bäckereien und Konditoreien. An der Zeit vom 3. bis 17. November finden in ganz Deutschland vom Verband der Bäcker usw. einberufene Versammlungen statt, welche die in der Petition aufgestellte berechtigte Forderung unterstützen soll. — Am Xylographenverband wird gegenwärtig der Anschluß an den Verband der Lithographen erüthlicht erörtert. Die Entwicklung der Chemigraphie idealisiert immer mehr die Holzschiitte aus dem Bilddruck aus und damit wird naturgemäß das Arbeitsfeld der Xylographen immer geringer. Viele Berufssänge-ker sind schon im Besitz der Zeit in die chemische

vorige und schon im Laufe der Zeit in die demografischen Aufzahlen abgewandert. Die Chemnigraphen aber gehören zum Lithographenverband, so daß der Anschluß der kleinen Gruppe der lithographen unter der natürlichen Entwicklung entspricht. Der lithographenverband ist von 520 Mitgliedern im Jahre 1909 auf jetzt 420 zurückgegangen. Die freien Gewerbschaften haben nur noch einen derart kleinen Zentralverband, den der Notenstecher mit 444 Mitgliedern am Jahresende 1911.

aller, die nicht ihre zünftige Herkunft nachweisen konnten, war ihr Ziel, obgleich die wirtschaftliche Entwicklung die Zahl der nichtzünftigen Berufsangehörigen, die sich also durch keinen Antragsbrief ausweisen konnten, der Zahl der Zünftigen mindestens gleichgesetzt hatte. Auch die Schläge des Sozialistengesetzes hatten auf die volksernehrer organisierten Steinsewer keinen wertlichen Einfluss ausgeübt. Erst nach dem im November 1886 in Berlin abgehaltenen ersten Kongreß der Steinsewer geisteten verliehen auch die Steinsewer die alten Zunftspäde und schlugen sich allmählich zur Renned des auf dem Boden des Alatenkampfes stehenden Proletariats. Doch bedurfte es noch langer und schwerer innerer Kämpfe in dem 1887 gegründeten Verbande, ehe sich der reine gewerkschaftliche Charakter durchsetzte. Und noch Jahrlang lag das Gewicht der Organisationen und der Verbandsaktivität in den fast selbständigen Filialen; nur allmählich setzte sich die zentrale Ausübung durch. Zählte der Verband 1893 2249 Mitglieder, so übertraf er 1900 das vierte Tausend, 1907 dagegen schon das zehnte Tausend. Und die Beiträge stiegen von rund 2000 Mtl. im Jahre 1893 auf über 10 000 Mtl. im Jahre 1904, und von da Jahr um Jahr auf mehr als 200 000 Mark im Jahre 1911. So gelang es auch dem Verbande, in beträchtlichem Umfang die Lohn- und Arbeitsbedingungen seiner Mitglieder und damit auch der sonstigen Berufsungehörigen zu verbessern. Um rund 100 Proz. sind die Löhne in den 25 Jahren Verbandsaktivität gestiegen und die vielfach noch 13 bis 14 Stunden betragende Arbeitszeit wurde ganz bedeutend verkürzt, so daß heute Tausende von Berufsungehörigen unter 10 Stunden täglich arbeiten; 1901 hatten schon 1068 Mann den Feinstundentag, der den weitaus größten Teil der Mitglieder in das Arbeitsverhältnis auch tariflich geregelt. Wir würden dem Verbande zu seinem Ehrentage, daß jedes Mitglied in getreuer Pflichterfüllung mit dazu beitragt, daß allen Berufsgenossen die Erfolge gewerkschaftlicher Bestrebungen zuteil werden. — Der genialalverein der Bildhauer zählte am Schluß des 2. Quart. 3787 Mitglieder gegen 3684 am 31. März. Die Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen betragen 35 299 Mtl., die Beamteneinnahmen der Hauptstelle 35 385 Mtl. Von den lebhaften entfielen auf Streitunterstützung 5495 Mtl., Arbeitslosenunterstützung 6368 Mtl. und auf Krankenunterstützung 2647 Mtl. Der Kassenbestand ist auf 103 685 Mtl. herangewachsen. — Die Mitgliederzahl des Glaservereins

bandes ist im zweiten Quartal von 3691 auf 4747 gestiegen. Der Zentralvorstand des Handlungsbüroverbandes hat soeben in Buchform eine Darstellung der von ihm abgeschlossenen Tarifverträge herausgegeben. Demnach bestehen zurzeit 107 solcher vom Verband abgeschlossene Verträge, die sich auf zirka 600 Firmae, 1911 Betriebseinheiten mit 7563 von den Verträgen erzielten Beibehörigen erstrecken. Von den Verträgen galten 25 für Kontorpersonal, 4 für Konter- und Verkaufspersonal und 78 Verträge für Verkaufspersonal. Der Transportarbeiterverband zählte am 1. Oktober 221 400 Mitglieder. Die Zunahme im 3. Quartal betrug rund 9000 Mitglieder.

Aus Anlaß der Lohnbewegung bei der Firmenversammlung in Cöln sind am 19. Oktober in den Betrieben der Cite des Niederrheins die Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiterverbandes gefüründigt worden. Die Fabrikanten wollen sie durch Auskunstierung niederzwingen. Sie werden ihr Ziel nicht erreichen!

ihrer ganzen Glorie. Trotzdem die "Freien gefunden  
dig sind und trotzdem die christlichen Mitglieder bei  
der Firma Gebrüder Blum in Koch noch soviel Soli-  
daritätsgefühl besitzen, die am 14. Oktober verlangte  
Überweiterung zu weigern, unterstüzt das Organ  
der christlichen Tabakarbeiter in Nr. 42 vom 18. Octo-  
ber die Fabrikanten. In der genannten Nummer  
findet sich folgende Anzeige:

**Sigarettentheater**  
für Formarbeit bei gutem Lohn gesucht. Schriftliche Angebote an Brüder Blum, Koch (Hld.).  
Tiefer Hinab geht es nicht mehr mit den Christen! Ein Versehen kann nicht vorliegen, denn die vorliegenden Differenzen sind überall ausdrücklich besprochen worden, auch in dem christlichen Blatte. Es bleibt demnach nur die Annahme übrig, daß man durch einen erbärmlichen Streich die eigenen Berufskollegen veratzt will, zum Nutzen der neuen christlichen Streitkreditanstalt! — Erfolgreiche Wohnbewegungen führen die Tabakarbeiter in Simmerwalde, Rostbus und Rheda i. W. — In der Nähmaschinenfabrik von Knob in Saalfeld i. Th. wurde nach einigen Zugeständnissen der Firm die Arbeit wieder aufgenommen. — Der Streit bei der Firma Moit in Holle a. S. Honigbuchen- und Schokoladenfabrik dauer unverändert fort. Vermittlungsversuche von Großherzoglich Sachsen-Meiningen und dem Kreisamt Meiningen scheiterten.

der Betriebsleitung. Im Betrieb ist jetzt ein gelber Werbverein gegründet worden. Die Erzeugnisse des Betriebes werden überwiegend in Arbeiterkreisen abgelebt, zum Teil sogar in Arbeiterkonsumvereinen. Wie dieser Unternehmer die organisierten Arbeiter einschätzt, geht aus einem Blatt hervor, den die Betriebsleitung an ihre Streifbrecher geschickt hat. Es heißt darin: „Ein kleiner Teil unserer Arbeiter und Arbeitnehmer ist am Montag unter Kontraktbruch in den Ausstand getreten, wie haben dies erwartet und auch erachtet, um das Personal von den Gehüten und ihren Mitläufern zu säubern. Nunmehr kann ebenso rasch, wie ungefähr die Gründung des Werbvereins, der die Interessen der Arbeitnehmer und des Arbeitgebers harmonisch zusammenführen soll — erfolgen. Wir werden dem Werbverein das größte Interesse schenken und ihn unterstützen, wo wir können.“

Die Arbeiterschaft wird so lange auf den Monat Mai sicher habestrate verzichten, bis die Firma von ihrer koalitionstechnischen Kautheit satt ist. — Nachdem mit den Inhalten der Tippische bereits in München und in Düsseldorf eine Verständigung erzielt worden ist, wurde mit 27 gegen 41 Stimmen der Streit für beendet erklärt. — Nach 12-tägiger Sitzung wurde am 4. November der Streit bei der Zweckmäßigen Holzindustrie in Langenselbold mit einem Erfolg für die Arbeiterschaft beendet. Die zahlreichen Aündigungen wurden zurückgenommen und eine Vorbereitung bewilligt.

### Rundschau.

**Wieder eine Handelskammer für den beschädigten Arbeitswilligenkredit.** Während allen Berufsgruppen eine Standesvertretung mit behördlichem Charakter zum Zwecke der Einwirkung auf die Gesetzgebung gewährt wurde, wird den Arbeitern die Bekämpfung ihrer Forderung nach Arbeitskammern verwehrt und ihnen somit unmöglich gemacht, in lokaler Form ihre Wünsche zum Druck zu bringen. Arzte, Rechtsanwälte, Landwirte, Handwerker, Gewerbetreibende, Kaufmannschaft, alle haben die Möglichkeit, in den für sie zuständigen Kammern Stellung zu allen Gesetzesvorschriften zu nehmen und in Gutachten sich dazu zu äußern. Sie vertheidigen die Interessen der einzelnen Stände auch sonst, wenn möglich, in dem Punkt, wo es gegen die organisierte Arbeiterschaft geht, sind sie sich alle einig. Wir haben an dieser Stelle schon einige Male Gelegenheit genommen, die Arbeiterschaftsleiter der Innungen und Handelskammern ins rechte Licht zu rücken, um unser Kollegen zu mahnen, ihr Koalitionsrecht zu wahren und die wichtige Waffe ihres Emanzipationskampfes in festen Händen zu behalten. Die Handelskammern sind es, die im Verein mit allen nüchternen Institutionen und Körperschaften ganz besonders bestrebt sind, die Regierung gegen die freien Gewerkschaften schwer zu machen, ihre Verbände, die nationalen Streifbrecher, auf jede mögliche Art zu schwächen und auf diese Weise die um bessere Lebensbedingungen kämpfenden Arbeiter zu unterdrücken. Es ist nicht genug, daß die Befreiungsbüros mit Arbeitern und allen möglichen Waffen in den handfertigen Menschen bedrohen und sogar über den Haufen flallen können, sondern es soll ihnen noch ein besonderer gesetzlicher Schutz werden. Als neues Glied in diese schärfmäuerische Riepe hat sich nunmehr auch die Blaue Handelskammer eingereiht. Dieser Tag hatte dieselbe eine öffentliche Sitzung, in welcher der Handelskammerteller Dr. Reichelt über den Gang der Arbeitssachen referierte. Die Ausführungen des Redners bewegten sich im Sinne einer langen Resolution, die in der Hauptfrage folgendes enthält:

„Die Handelskammer Blaue richtet daher an die Königliche Staatsregierung das dringende Ersuchen, den Verwaltungsbehörden genaue Anweisungen über die schärfere, schnellere und durchgreifendere Handhabung der vorhandenen Gesetzesvorschriften zu erteilen und sie zu einem enttäuschten Vorgehen zum Schutze der persönlichen Freiheit der einzelnen und zur Sicherung der öffentlichen Ordnung und Ruhe anzuhalten. Die Wirklichkeit des bestehenden Gesetzes muß weiter durch eine wesentlich bedeutsamere Justiz erhöht werden. Nur bei sofortiger Aburteilung aller Streifvergehen innerhalb weniger Tage werden sich die Schwierigkeiten, welche sich jetzt aus dem langjährigen Gerichtsverfahren in bezug auf die Erzielung der Tat ergeben, vermeiden lassen, und nur eine schnelle Bestrafung wird auf die Streifenden einen nachhaltigen Eindruck ausüben. Endlich ist bei der bevorstehenden Reform des Strafrechts zu prüfen, ob die einschlägigen Bestimmungen, insbesondere die der §§ 240 und 241 des Strafgesetzbuches, noch ausreichen oder ob sie einer Ausgestaltung, namentlich hinsichtlich des Strafmaßes, bedürfen.“

Aus der Begründung wollen wir einige besondere Merkmale her vorleben, um zu zeigen, wie sich die Dinge im Hirn dieser Reaktionäre abspielen. Die

„Gewalttätigkeiten der Streifenden“ bei den Bergarbeiterstreiks, beim Grünwalder Streit, Kürtenarbeiterstreik, bei der Bewegung im großflächigen Gewerbe und hervorragend auch im Blaue Handelskammer ergeben, bei einer Kritik der Handelskammer ergeben, daß der Arbeitswilligenkredit eine dringende Notwendigkeit ist. Daß diese Gewalttätigkeiten nur in der Phantasie dieser Leute erütteln, ist ja ganz bekannt. Auferhant ist aber nun besonders, wechselt der Kredit nicht ein völliges Verbot des Streifgesetzes herbeigeführt wissen will. Verbielt man nämlich den Arbeitern das Streifgesetze, so wäre das eine Einschränkung des Sozialstaatsrechts und die Arbeiter würden dann gewiß auch eine Einschränkung der Arbeitgeberorganisationen verlangen. Also von hinten beruht nun die Bedrohung der Arbeiter menschlich, ohne dabei den Unternehmern reiche zu tun. Die Widerchristen des Streifgesetzes müssen eine schärfere Anwendung erwarten. Da diesen Zusammenhang in dem Maße das Eingreifen der Polizei und des Militärs im Arbeitgebiet offiziell als Vergewaltigungsrecht ein Idealzustand. Auf diese Art müßten die drohenden Gewalttätigkeiten der Sozialdemokratie gefürchtete Streifzonen jederzeit unterdrückt werden. Hinzu fügt die eadige (1) Anwendung der Polizeiverordnungen und die nicht erst nach Wochen und Monaten erfolgenden Aburteilungen der Streifenden. Außerdem müssen Streiftumoren gejagten werden, die an die Landgerichte angemeldet seien. Die Diskussion über die Gewalttätigkeiten ging eine ganze Weile fort. Nur einer der Herren meinte, daß ein Gesetz über das Verbot des Streifgesetzes der Sozialdemokratie den größten Agitationsschlag liefern. Gegen zwei Stimmen, die ein noch schärferes Vorgehen für richtig hielten, wurde die Resolution angenommen.

So hat denn auch diese Handelskammer dem Christlichen Konservatismus seine Reverenz gemacht. In den schwäzeren Sachen werden die gar nicht vorgesehenen Gewalttätigkeiten der Arbeiter an die Wand gemalt, um mit diesem Papanz die Regierung zur Unterdrückung der Arbeiterschaft gezwungen zu machen. Die Christlichen scheuen die Öffentlichkeit! Der christliche Zentralverband des Staates, Gemeinde, Verkehrs, Hilfs- und Arbeiter-Verband hielte Ende Oktober in Hannover seinen Bandestag ab. Obwohl die Christen in den Begrüßungen noch ihren eigenen Platz bewohnten, der sie veranlaßte, ihren Bandestag in der roten Hochburg Hannover abzuhalten, sperrten sie Bäume und Preßvertreter von ihren Verhandlungen rücksichtslos aus; nur das Hannoversche Zentrumsblatt erfreute sich der Gunst, über die Verhandlungen berichten zu dürfen. Die Christlichen, die ein reines Schild und ehliche Absichten haben, sonst nicht üble Szenen vor der Öffentlichkeit in bei dem Aschaffenburger Verband erklärte. Denn ein unglückliches Zerrbild einer gewerkschaftlichen Organisation dürfte es kaum geben, als diesen von dem Zentrumsabgeordneten Oswald geleiteten Pleitestab.

Die Rat- und Hilflosigkeit der Strategen dieses Verbandes trat auch bei den Verhandlungen klar auf. Vor allem in der Tatfrage, daß über den wichtigen Punkt der Tagesordnung: Die Reform des Verbandes, zwei Nichtmitglieder, die Herren Stegerwald und Schäffer von der Christlichen Gewerkschaftszentrale referierten, und weiter, daß der Verbandsstag eine von Stegerwald vorgelegte Resolution anhabe, in der die Ausarbeitung des Verbandes gefordert wird. Die Staats- und Gemeindearbeiter sollen von den Arbeitern der Grimalindustrie getrennt werden. Die Urteile dieser Abstimmung liegen weniger in der absoluten Unfähigkeit des Aschaffenburger Verbandes, größere Teile dieser Arbeiterschaft zu gewinnen, als in der von den Zentrumsleuten neuerrichteten, namentlich in Bayern, beliebten Idee gegen das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter. Der Widerspruch zwischen der parlamentarischen Praxis des Zentrums, die das Streifrecht der Staatsarbeiter verneint und der gewerkschaftlichen Praxis im Aschaffenburger Verband, in dem den Staatsarbeitern das Streifrecht versprochen wird, war denn doch allzu groß. Also mußten die Staatsarbeiter ohne Streifrecht von den Grimalarbeitern mit Streifrecht getrennt werden. Wie groß, richtig, wie klein der Aschaffenburger Verband nach dieser Zwangsumputation noch sein wird, muß sich erst zeigen. Viel war ja schon seither nicht mit ihm los. Ende 1911 hatte der Verband 16287 Mitglieder, das waren nur 700 mehr als vier Jahre früher.

Neben dieser „großen“ wurde noch eine kleine Verbandsreform vorgenommen. Der feierliche Vorstande Oswald lehnte eine Wiederwahl wegen „anderweitiger Arbeiten“ ab. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß der Verband nicht nur vom Pleitegeier, sondern auch vom Spionenstaat hart bedrängt wird, der besonders im Hauptbüro in Aschaffenburg sein Unwesen treiben soll.

Als Oberarbeitsamt sei noch bemerkt, daß Stegerwald in seiner Begrüßungrede erklärte, von den Leuten, die die christliche Gewerkschaftsbegegnung bedrohen, sei die Sozialdemokratie die bestimmte. Worauf sagt er nach dem Rennungsblatt: „Die Sozialdemokratie ist uns gefährlicher als die Christen.“ Wenn das die Bedeutung für das idiotische Verhalten der Christen bei politischen und wirtschaftlichen Streitigkeiten der Arbeiterschaft sein soll, dann müssen die Christen um durchdringende Argumente sehr betetet sein.

Auch der Verband der Rohrangs und Eisenhüttenarbeiter löste Ende Oktober in Düsseldorf unter Ausschluss der Deutschen. Die paar Christen, die da als Delegierte ihres Verbandes zusammengelommen waren, dessen Sitzungen in ein kleines Vereinszimmer hinein, dessen Engang jüngst verweckt wurde, damit kein anderer dieses über etwas von den Verhandlungen vernehmen könnte. Es müssen doch wohl in diesem Verbande einige vor sich gehen, die sonst im gewerkschaftlichen Leben nicht üblich sind und daher bei ihrer Bekanntheit einer Art nicht handhaben können. Bei Stummeln gewerkschaftlicher Angelegenheiten wurde einer solchen Meinung durch Nahrunge gegeben durch eine Verachtung des Abdrucks des christlichen Rohrangs- und Eisenhüttenarbeiterverbandes für das Jahr 1911. Man wanderte sich da über verschiedenes. Bei 2630 Mitgliedern und 33.047 M. Beitragsentnahmen werden 1751 M. Ausgaben für Agitation und 4345 M. für Streit- und Wohlegestaltungsunterstützung ausgeführt. Rechtschutz, Kranken- und Sterbegeld, Reise- und Arbeitslohnunterstützung weisen zusammen 3611 M. Ausgaben auf, dagegen das Gehälteronto nur 2690 M. Bei der gewünschten Abneigung gegen Streit ist die verhältnismäßige Höhe des Streifontos mindestens verdächtig. Aber wie steht es mit den Gehältern? Der Verband hat in Düsseldorf, seinem Hauptort, drei Beamte zu sitzen. In Woch ist seit einigen Jahren ebenfalls ein Beamter in Tätigkeit, außerdem hat er unseres Wissens noch in zwei Orten weitere Angestellte auf Rechnung der Zentralverwaltung. Werden diese alle zusammen mit 2690 M. „bedient“ oder ist es wahr, was ein wissendes Mitglied ausplauderte, daß man die Gewohnheit habe, Beamteneinkommen auf andere Konten zu verbuchen, um mit verhältnismäßig niedrigen Verwaltungsaufwendungen und hohen Unterstützungsausgaben prahlen und agieren zu können? Das wäre allerdings eine Methode, die das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hätte. Der Verbandsleiter darf, da sich die eigene Mitgliedschaft darüber unterhält, die Verhandlungen nicht unbekannt geblieben sein. Sie hätte daher im Interesse des christlichen Verbandes gehandelt, die Tugend in aller Öffentlichkeit aufzuhalten, wie es sonst allgemein anerkannte gewerkschaftliche Uebung ist.

**Wieder ein betrügerischer Streifbrecheragent.** Bei der Firma Metallindustrie Schönebeck a. E. treten die Arbeiter seit einigen Wochen, weil die Firma an den ohnehin schon niedrigen Arbeitsverdiensten noch weitere Abzüge vorgenommen hat. Als Agent für die Streifenden wurden auch hier Christen umgeworben. Dieser Tag stand nun vor dem Amtsgericht Schönebeck a. E. eine Verhandlung statt, veranlaßt durch die Klage eines Arbeiters gegen die Firma wegen plötzlicher Entlassung. Der Kläger war als Vorarbeiter eingestellt worden und wurde plötzlich entlassen, als die Firma erfuhr, daß der Agent, der die Arbeitswilligen vermittelte, sie betrogen hatte. Hierüber teilte die Firma dem Gericht folgendes mit:

„Von den durch den Agenten vermittelten Arbeiterswilligen resten 27 wieder ab; der Agent Müller reiste ebenfalls wieder ab, um dem Auftragreiter die Beklagten gemäß etwa weiteren 70 Arbeiter zu engagieren. Er erhält zu diesem Zweck auf seinen Antrag 700 M. gezahlt, um diese als Reisekosten für die zu engagierenden Arbeiter zu verwenden. Er ist jedoch mit diesem Gelde flüchtig geworden, hat irgendwelche Arbeitskräfte für die Firma nicht engagiert, und ist auf Veranlassung der Beklagten vor einigen Tagen in Königswberg in Südpfalz wegen Betruges verhaftet und in Untersuchungshaft genommen werden.“

An wie vielen Fällen mag der ehrwerte Herr Streifbrecheragent wohl ähnlich so gehandelt haben? Wenn in der Regel werden wohl die solchermaßen Beschädigten ganz verschwiegen sein, nur zu dem Schaden nicht auch noch den Spott zu haben. Eine Ebene hat übrigens die Firma Metallindustrie in Schönebeck a. E. aus ihren üblichen Erfahrungen nicht gezogen, denn sie verhandelt schon wieder mit anderen Streifbrechervermittlern, die ihr gelbe Arbeitswillige liefern sollen.

**Gewerkschaften unter dem Verbotsgesetz.** Eine große belästigende Aktion gegen verschiedene Saganer Gewerkschaften wegen Errichtung der Statuten und

des Mitgliederverzeichnisses ist nunmehr im ersten Abschnitt der Arbeiter entzündet worden. Die beiden Polizeibeamten, die in der Sache verneinten wurden, sagten aus, über die Organisation der Verbände im Saarland sei nichts, die Polizei habe sie als politische Vereine nicht angesehen. Es sei auch nicht wahrscheinlich, daß in den Gewerkschaften Politik betrieben werde, da politische Organisationen vorhanden seien, in denen es den Gewerkschaften freistehe, Politik zu treiben. Diejenigen gewinnbringenden Deduktionen seien der Amtsgericht entgegen, die Politik der Gewerkschaften betreffe darin, daß sie einen Druck auf die Unternehmen ausüben. Außerdem hätte die Polizei zu bestimmen, ob die Gewerkschaften politische Vereine seien oder nicht. Dieser "Bestimmung" müßten die Vorstände nachkommen und deshalb die Statuten und das Mitgliederverzeichnis der Polizei ausliefern.

An dieser auseinandersetzenen Auskunftung dürfte nichts auszusetzen sein. Möglicher, sogar wahrscheinlich ist es, daß es beim Entschluß einer Anzahl nicht bleiben wird. Der Amtsgericht hat erlaubt, er werde die Sache dem Staatsanwalt unterbreiten, ob nach Beweis eingelagert werden solle. Und hieran dürfte es vorausichtlich kommen, da hinter der großen Aktion angedeutet gebliebene und einfließende Kräfte wirken.

**Posturioseum.** Das Postamt Jügesheim im Kreis Offenbach, scheint einen Kalender mit einem Titel in Deutschland nicht üblichen Zeiteneinteilung zu benutzen. So erhalten wir eine Geldsendung per Zahltarife mit dem Posttempel "Jügesheim, 36. 10. 12, 1-2 R. Klein schon im Interesse der Jügesheimer Postbeamten würde es liegen, die Monate nicht über Gebühr hinaus zu verlängern und um der Einheit willen, auf den amtlich geprägten Kalender zurückzugreifen.

**Studentische Arbeiterunterrichtskurse.** Seit einer Reihe von Jahren sind in den deutschen Universitätsstädten studentische Organisationen entstanden, die eine Ergänzung der bestehenden Arbeiterbildungs-institute darstellen. Die Kurse, die meist den Titel „Unterrichtskurse für Arbeiter“ führen, beziehen in völlig neutraler Weise Elementarunterricht an Arbeitern zu erlernen und dadurch zugleich ein gegen seitiges Kennen- und Verstehen zwischen den Arbeitern und den zukünftigen Vertretern der sozialdemokratischen Vereine zu ermöglichen. Diese Vereine, die sich im Verband akademischer Arbeiterunterrichtskurse Deutschlands zusammengeschlossen haben, sind ihrem Programm treu geblieben, sie haben sich jedes Übergriffs auf Gebiete wie Religion und Politik enthalten, die den Sturm zu Meinungsverschiedenheiten und Verzweiflung in sich tragen. Auf diese Beschränkung auf die Elementarfächer - vorwiegend Rechnen, Deutsch, Schreiben - und durch die strenge Beobachtung der Neutralität auch außerhalb des Unterrichtsstoffes haben die Kurse sich das Vertrauen der Arbeiter erworben. Arbeiter und Arbeiterinnen, die gern die Gelegenheit benutzen, altes Wissen aufzufrischen und sich zugleich neues als Vorschule aller höheren Geistesbildung zu erwerben, sind diesen Kursen beigetreten. Freilich ist die Besucherzahl noch weit geringer, als man bei der eifrigsten Propaganda der Vereine erwarten sollte. An der Zurückhaltung mögen vielleicht alte Vorurteile schuld sein, Unkenntnis darüber, daß auch in der Studentenschaft sich, wenn auch vorerst vereinzelt, neue Kräfte und Ideen regen, die den lange verloren gegangenen Anschluß an die arbeitende Bevölkerung wieder suchen. In schlichter, sozialer Bildungsarbeit finden sich hier Studenten und Arbeiter zusammen, lernt der Student das, was er so dringend braucht, um sich später eine eigene, politische Meinung zu bilden; Kenntnis des arbeitenden Volkes aus eigener Erfahrung. Sein Gewinn ist vielleicht noch größer als der des Arbeiters, der seine Bildung vermehrt. Aber auch vom Standpunkt der Arbeiter kann sein Interesse an der Arbeiterbildung aus die Benutzung dieser Unterrichtskurse den Arbeitern nur empfohlen werden.

### Schauanmachung des Centralvorstandes.

Auf Antrag der Ortsverwaltung Bismarck wurde das Mitglied J. Gliniors, B.-Nr. 8459, wegen Verstoßes gegen die Interessen des Verbandes ausgeschlossen.

Bis zum Redaktionsabschluß stehen noch die Abrechnungen aus von Ausbach, Apolda, Gera, Elgersburg, Hammel, Hof und Bozen. Die Mitglieder dieser Ortsverwaltungen werden auf die statutarischen Folgen aufmerksam gemacht.

Der Vorstand.

### Einsendungen der Verwaltungsstellen im Monat Oktober 1912.

Baden	95,26	Kaiserslautern	900,-
Württemberg	55,50	Staßfurt	125,-
Baingen	335,60	Stiel	58,-
Berlin	8969,75	Stein-Aueheim	115,20
Wieber	32,15	Stein-Steinheim	37,50
Wodan	41,50	Stödt.	200,-
Bonn	120,-	Stonitz	182,90
Brandenburg	372,55	Stötzingberg	189,64
Braunschweig	552,-	Zimmerpiel	85,40
Bremen	310,	Leipzig	538,65
Bremervörde	200,	Lippig	10,-
Brestau	480,-	Mainz	115,10
Brig	22,20	Märkischföld	22,80
Bürgel	440,-	Mannheim	220,-
Chebinnig	400,-	Meerane	108,40
Cöln	57,20	Mühlheim a. R.	440,10
Göthen	64,60	Mülheim a. R.	88,65
Desau	30,	München	318,92
Dortmund	20,-	Mülfrose	43,20
Dresden	1009,40	Mühlhausen	300,-
Duisburg	45,20	Neu-Jüdenburg	349,50
Düsseldorf	59,70	Niederhöflema	68,25
Eisenach	62,40	Nürnberg	400,-
Eisleben	118,44	Oberhausen	550,49
Eberfeld	300,-	Öhderup	50,80
Entheim	800,-	Offenbach	1442,15
Erdmannsdorf	20,60	Offenbach (Gau)	1000,-
Erfurt	20,-	Potsdam	172,30
Erlangen	230,-	Rathenow	35,20
Eßen	200,-	Renntheim	25,30
Erlangen	83,50	Reutlingen	75,-
Frankfurt	2017,50	Roßtoß	70,-
Kreisberg	212,70	Rumpenheim	114,80
Künsterwalde	80,50	Solingen	98,60
Fürstenwalde	24,40	Stuttgart	1086,77
Großbergen	15,20	Stettin	250,-
Glogau	30,20	Straßburg	310,-
Hagen	60,-	Striegau	46,05
Halle	448,80	Ulm	220,-
Hamburg	756,30	Ueteren	107,40
Hannover	327,-	Warel	119,70
Hauten	152,70	Werdau	179,30
Hannau	105,75	Weißkirchen	159,30
Heilbronn	823,-	Wiesbaden	84,84
Heusenstamm	464,80	Wismar	80,-
Hildesheim	80,50	Werbst.	24,50
Jena	179,90	Zeitz	190,13
Jügesheim	119,60	Zwickau	114,90
Karlsruhe	265,-	Zofen	20,80

### Adressenänderungen.

Uhr. V. Gewerkschaftshaus Hohenlohestr. R. U. Schneider, Wiri.

### Versammlungskalender.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir fortwährend diejenigen Versammlungsangelegenheiten, die bis zum Redaktionsabschluß bei uns eingingen und entlassen.)

**Bonn.** Samstag, den 16. November, abends 8½ Uhr, „Deutscher Hof“, Münzstr. 52.

**Brandenburg.** Mittwoch, den 13. November, abends 8½ Uhr, „Wolfsburg“.

**Breisau.** Sonnabend, den 16. November, abends 8½ Uhr, „Grünes Bergel“.

**Chebinnig.** Sonnabend, den 16. November, abends 8½ Uhr, „Stadt Meien“.

**Göthen.** Sonnabend, den 16. November, abends 8½ Uhr, „Ludwigshelle“.

**Giesen (Rhine).** Samstag, den 16. November, abends 8½ Uhr, Restaurant Schniering.

**Gelsenkirchen.** Samstag, den 16. November, abends 8½ Uhr, „Wolfsburg“.

**Hagen i. W.** Samstag, den 16. November, abends 8½ Uhr, „Zum Markanter“.

**Halle a. d. S.** Sonnabend, den 16. November, abends 8½ Uhr, „Wolfsburg“.

**Karlsruhe.** Samstag, den 16. November, abends 8½ Uhr, „Zur Volksbank“.

**Königsberg.** Samstag, den 16. November, abends 8½ Uhr, „Silberner Mond“.

**Köln.** Samstag, den 16. November, abends 8½ Uhr, „Gewerkschaftshaus“.

**Kiel.** Dienstag, den 12. November, abends 8½ Uhr, „Gewerkschaftshaus“.

**München.** Samstag, den 16. November, abends 8½ Uhr, „Kampelpark“.

**Öhderup.** Montag, den 11. November, abends 8½ Uhr, „Alter Schützenhof“.

**Rotstd.** Montag, den 11. November, abends 8½ Uhr, Begegnungshaus 10.

**Stuttgart.** (Kofferbranche.) Dienstag, den 12. November, abends 8 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.

— (Taschenbranche.) Montag, den 11. November, abends 8 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.

**St. P.** Freitag, den 15. November, abends 8½ Uhr, bei Kämpfe, Schützenstraße.

## Anzeigen

### Ortsverwaltung Berlin.

**Sonntag, den 17. November, nachm. 4 Uhr**

in der Urania, Taubenstraße 48/49.

### Sonder-Vorstellung:

### „Hufs Matterhorn“.

Billets inl. Garderobe 65 Pf. sind im Bureau, sowie bei den Werkstättenvertraulensleuten zu haben.

Billets, welche bis zum 9. November nicht zurückgegeben sind, gelten als verlaufen.

### Das Komitee.

**Gesucht** a. j. Ort Leute, w. Berlk. hochleg. konturrenzl. Reuh. übern. hoh. Verdienst. Ausl. Iosient. fol. Herm. Wolf, Zwickau, Sachsen, Nordstr. 80.

**Gesucht** tüchtige Teilarbeiter auf Herren- und Damenjäppel. Stellung dauernd.

G. Vahter & Sohn, Hosieryanten, Hannover, Langlaube 4.

### Für Sattler!!

die äußerst redegewandt. und Verkaufstalent besitzen, bietet sich feste Stellung mit hohem Einkommen bis zu 80 M. wöchentlich. W. Zimmer, Hamburg, Hartwicusstr. 2.

### Verband der Sattler und Portefeuillier.

### Ortsverwaltung Offenbach a. M. Bürgel.

### Freundliche Einladung

zu dem am 16. November 1912 im Gewerkschaftshaus, Auflage 9, stattfindenden

### \* Herbst-Fest \*

Mitwirkende Kräfte: Offenbacher Musikverein, unter persönlicher Leitung seines Dirigenten Herrn Kapellmeister L. Götz, des Frankfurter Kammer-Quartets, Mitglieder der Frankfurter Oper sowie eines hervorragenden Frankfurter Humoristen.

Nach dem Konzert Ball bei doppeltem Orchester.

Hierzu laden wir unsere Mitglieder nebst Angehörigen sowie Freunde und Gönner freundlichst ein.

Aufführung 8 Uhr.

Eintrittspreis im Vorverkauf 40 Pf. an der Kasse 50 Pf. Herren, die am Ball teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Das Konzert findet ohne Restauration statt.

NB. Während der Aufführungen bleiben die Saaltüren geschlossen.

### Die Ortsverwaltung.

### Tischl. Helm-Maschinennäher

u. Helmbeschläger vor sofort Wunderlich, Blankenburg bei Pantom.

## Automatische Nietmaschine

für Hobnieten mit Deckplatten, D. R. P. der Sächs. Kartonnage-Maschinen-Fabrik, mit weiterem schmalen Arm, ungebraucht, Anschaffungspreis 450 M., für 300 M. zu verkaufen.

C. G. Schwabe, Buchbinderei, Stuttgart.